

FIGU – ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



6. Jahrgang Nr.140, April/2 2020

Erscheinungsweise: Zweimal monatlich Internetz: http://www.figu.org E-Brief: info@figu.org

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte), verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine (Meinungs- und Informationsfreiheit) vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw., müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit (Lehre der Wahrheit, Lehre des Geistes, Lehre des Lebens), wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Leserfrage:

Was ist unter Hysterie zu verstehen, und warum benimmt sich die <info Flora> so dumm, primitiv, blöd und will in der Schweiz schon längst akklimatisierte wie auch neue fremde und nicht invasive Pflanzen wieder ausrotten, obwohl sich das Klima zukünftig derart erwärmt und ändert, dass sich auch selbständig und natürlich in der Schweiz fremde Arten ansiedeln werden? Das ist nicht verständlich, unlogisch, dumm und zeugt nicht gerade von grosser Intelligenz.

A, Schneider, Schweiz

Antwort:

Unter Hysterie ist folgendes zu verstehen: Allgemeine nervöse Aufgeregtheit, Angst, Erregung und Überspanntheit. Und in bezug auf die <info Flora> will ich sagen, dass Unverständnis, Besserwisserei und Dummheit leider keine Grenzen kennt, wozu auch Ptaah sich am 8. August 2019 äusserte, und zwar folgendermassen:

Ptaah erklärte im 722. Kontakt vom 8. August 2019 bezüglich Pflanzen, die in der Schweiz und Europa als Neophyten bezeichnet und deren Anpflanzen in Gärten und Parkanlagen verboten werden soll, folgendes: «Was von «info Flora» alles als invasive Neophyten bezeichnet wird, stimmt nicht in jedem Fall mit der Wirklichkeit überein, sondern entspricht unbegründeten unlogischen Annahmen und irrealen Ängsten sowie einer Hysterie und Dummheit infolge eines Missverstehens bezüglich der Naturgesetze sowie der auf auswuchernde invasive Neophyten resp. auf exotische Pflanzengattungen und Pflanzenarten bezogene Bedenklichkeit. ... Die Unsinnigkeit einer Vernichtung und Ausrottung nicht invasiver Pflanzen, wie

Büsche, Sträucher und Bäume, die schon seit langen Zeiten in der Schweiz und in ganz Europa gedeihen und sich eingewöhnt und akklimatisiert haben, beruht in einer pathologisch fundierten Hysterie und Dummheit des Nichtgebrauchens von Verstand und Vernunft.»

Im gleichen Kontaktbericht äusserte ich mich gegenüber Ptaah auch über die Klimaschutz-Hysterie, die damals schon begonnen weltweit zu grassieren hatte:

... Das Gros der «Führenden» mit ihren Machtgierallüren kennt die wirkliche Wahrheit der durch die Machenschaften der Überbevölkerung ausgelösten Katastrophe nicht, wie diese effectiv in katastrophaler Weise aussieht und welche weiteren Katastrophen zukünftig daraus noch hervorgehen werden. Heuchelnd spuren sie nur nach den jeweils öffentlichen Demonstrationsinteressen, demzufolge sie nun auch die gesamte in Erscheinung tretende Klimaschutz-Hysterie politisch ausweiten, die durch die kleine naive Greta Thunberg ausgelöst wurde und in die Regierungskreise gegriffen hat. In diesen machen sich nun viele Regierende krankhaft blöd und gross mit irgendwelchen irrealen und Schwachsinns-Vorschlägen und Idiotie-Massnahmen wichtig, um damit angeblich die laufende Klimakatastrophe und alles noch kommende Unheil eindämmen zu wollen, was aber nur einer banalen Lächerlichkeit und Wichtigtuerei entspricht und nur die Völker tyrannisiert. Effectiv ist in den Regierungen nur eine wirklich kleine Minorität, die dem Verstand und der Vernunft sowie dem Intelligentum zugetan sind, doch diesen wird vom Gros der heuchelnden Machtbesessenen keine Möglichkeit geboten, aktiv zu werden und etwas Vernünftiges zu unternehmen. Das aber ist nicht verwunderlich, denn wenn bedacht wird, dass das Gros der Regierenden für seine Ämter absolut unfähig ist und die ihm anvertrauten Staaten durch seine Herrschsucht zugrunde gerichtet werden, dann dürfte der Sachverhalt ja klar sein. ...

... Das, was nun auf den springenden Ursprungspunkt der laufenden und immer schlimmer werdenden Klimazerstörung bezogen ist, nämlich die Ursache des Ganzen, die schon verschiedentlich angesprochen und genannt wurde, das will niemand hören, und zwar insbesondere nicht infolge des persönlichen Egoismus und der ebenso persönlichen Verantwortungslosigkeit gegenüber dem Planeten Erde, dessen Natur, Fauna und Flora, der Atmosphäre, dem Klima sowie der gesamten Umwelt überhaupt. Doch das will kein verantwortungsloser Erdling wissen, insbesondere nicht die jüngeren Generationen, folgedem auch niemand auf die Warnungen hört. Also bleibt nur eines übrig, dass nämlich immer wieder darüber geredet und alles oft und praktisch endlos wiederholt werden muss, weil nur mehrfache Wiederholungen die Eigenschaft haben, dass der Mensch eines Tages das Gesagte, Erklärte und die Warnungen wahrnimmt und in sein Gedächtnis einlagert, um dann darüber nachzudenken und sich seinem Verstand, seiner Vernunft und Verantwortung zuzuwenden. Also sei ein weiteres Mal gesagt, dass weder alle Klimademonstrierenden noch die kleine Greta Thunberg, wie auch nicht die Regierenden die Wirklichkeit und Wahrheit in bezug auf die Klimazerstörung kennen, jedoch schwachsinnig in ihrer Dummheit in völliger Hysterie herumkrakeelen und eine Weltuntergangsstimmung verbreiten. Natürlich ist die Klimazerstörung gegeben und eine effective Tatsache, doch idiotische Hysterie und Weltuntergangsprophezeiungen sind völlig falsch und fehl am Platz. Sollte etwas in der Weise geschehen, dann wäre es keinesfalls durch die Klimazerstörung, sondern durch den Wahnsinn der westlichen Kriegshetzer USA und EU-Diktatur, die mit ihrer Hetzerei gegen Russland einen neuen Weltkrieg heraufbeschwören könnten, der dann durch Atomfeuer tatsächlich eine erdenweite Katastrophe und sozusagen einen Weltuntergang hervorrufen könnte. Also entspricht die Klimazerstörungshysterie einer völlig schwachsinnigen Idiotie, angezettelt von der kleinen Göre Greta Thunberg, ausgeschlachtet von dumm-dämlichen Demonstrierenden sowie von Geschäftemachern profitgierig genutzt, wie gleichermassen von politischen Parteien, die sich als Klimarettungsfreaks manifestieren und so an die Regierungsmacht zu gelangen versuchen. Dies, während die Regierenden selbst, jedenfalls die Unrechtschaffenen, Frischluft spüren und das Ganze nutzen, um das Volk durch erphantasierte CO₂- und Umwelt- sowie Klimasteuern usw. auszubeuten.

Als die kleine schwedische Göre mit ihrem Klimaschutzplakat aufgetreten ist und damit letztendlich die ganze Welt aller Dummen verrückt gemacht und in Hysterie getrieben hat mit ihrem verstand- und vernunftlosen Tun, hatte sie keine Ahnung davon, dass sich die Natur nicht einfach durch idiotisch-dumm erdachte Scheinmassnahmen besänftigen lässt. Auch wusste die kleine Greta nicht, dass die Machenschaften der Überbevölkerung an allen Zerstörungen, Vernichtungen und Ausrottungen in allen Ökosystemen schuld sind, so auch an der Klimazerstörung. Diese Tatsache war und ist ihr auch heute nicht bewusst, weil sie diese nicht kennt. Auch alle jene kennen sie nicht, die ein grosses Mundwerk führen und meinen, dass mit irgendwelchen irrealen Massnahmen die laufende Klimakatastrophe und alles noch kommende Unheil eingedämmt werden könne. Ihnen allen sei ein andermal gesagt, dass einzig ein langjähriger Geburtenstopp und eine daraufhin folgende strenge Geburtenkontrolle sowie ein Ende aller aus der Überbevölkerung hervorgehenden verbrecherischen Manipulationen noch etwas retten können. Und dazu ist einiges zu sagen, was in bezug auf Zerstörung, Ausrottung und Vernichtung alles in den Schatten stellt, was durch die Erdenmenschheit jemals zuvor getan und bösartig ausartend wurde. ...

723. Kontakt vom 3. Oktober 2019: Ausschnitt aus der Voraussage von Eduard vom 13./14. Mai 1949:

... In der zweiten Hälfte des zweiten Jahrzehnts im neuen Jahrtausend jedoch werden wie aus heiterem Himmel durch Jugendliche demonstrative Machenschaften erfolgen, die durch Wort und Schriftplakate im Gros der labilen und desorientierten meist unerwachsenen Bevölkerung aggressiv-polemisch und unsachlich zu Aufrufen, Reden, Warnungen sowie zu anderen falschen volksbeeinflussenden Manipulationen führen werden. Bewusst werden in den Bevölkerungen, und zwar vor allem in den Jugendlichen und Kindern, überbordende Ängste hinsichtlich einer Weltuntergangsstimmung provoziert und hochgeschaukelt, bis daraus eine weltumfassende Massenhysterie entstehen und diese unter einem Schlagwort eines freien Freitags zu weltweiten Demonstrationen führen wird. Und so, wie die klare Zukunftsschau aussagt, wird es unweigerlich geschehen, wie es schon seit jeher immer so war, wenn lange genug Ängste und Hetzereien provoziert wurden und die Menschenmassen dann demonstrierten oder Unheil anrichteten, bis hin zu Bürgerkriegen und Mord, Totschlag und Zerstörung. Dies darum, weil das Gros der Menschheit seit jeher nicht selbst denkt, sondern andere, oder infolge wirrer Gläubigkeit an einen nicht existierenden Gott diesen für sich denken lässt, was dazu führt, dass unbesonnen Unsinnigkeiten Glauben geschenkt und damit Unfrieden, Streit, Gewalt und Unheil angerichtet wird. ...

725. Kontakt vom 12. Oktober 2019

... Was nun aber - und das muss auch gesagt sein - hinsichtlich der Klimazerstörung effective Wirklichkeit und Wahrheit ist, so entspricht diese nicht dem, was die kleine naive Greta Thunberg angerichtet und die ganze Welt verrückt und hysterisch gemacht sowie auch in die unvernünftigen Regierungskreise ausgeweitet und eingefressen hat. Allein schon der Unsinn und Schwachsinn des (Fridays for Future), wodurch weltweit hauptsächlich von Kindern, Jugendlichen und nur halbwegs Erwachsenen jeden Freitag aufruhr- und terrorähnliche Demonstrationen durchgeführt werden, entspricht einer derartigen Dummheit, dass diese absolut lächerlich ist. Und diese Dummheit zeugt davon, dass – begonnen von der kleinen naiven Greta Thunberg, die inzwischen grössenwahnsinnig geworden ist - die ganze Masse der Demonstrierenden keinerlei Ahnung davon hat, wofür sie überhaupt unsinnig demonstriert. Einerseits werden all die bisher erphantasierten Blödsinnmassnahmen und jene, welche weiterhin noch zusammenfabuliert werden, den Klimawandel und alles Zukünftige an Naturkatastrophen nicht mehr verhindern. Anderseits wird das Ganze zweckbedingt hysterisch-schwachsinnig aufgebauscht und um vieles schlimmer gemacht, als es in Wahrheit ist. Und das darum, weil durch diese Exaltiertheit das dumme Gros des Volkes aufgewiegelt werden kann, das nach verrückten Massnahmen schreit, die dann die verantwortlichen Regierenden sowie diverse Konzerne umsetzen sollen, wodurch der Rubel in Milliardenhöhe in die Kassen der Regierungen und Wirtschaftsunternehmen rollt. Also hat das Ganze der wohlbedachten Mache der künstlich forcierten Aufregung, Hysterie, Theatralik und der gesamten Übersteigerung des Ausflippens, Herumbrüllens und unsinniger Massnahmenforderungen der Demonstranten und diverser gleichziehender Organisationen und sonstwie Hetzenden, wie auch der entsprechenden Reaktionen der Regierenden, letztendlich nur den Zweck einer finanziellen Ausbeutung der Völker. Und dass das unbedarfte Kind – das kleine naive und unwissende Mädchen Greta Thunberg – von allem Anfang an und weiterhin von den aus dem ganzen Klamauk hervorgegangenen (Fridays for Future)-Organisationen dazu missbraucht wurde und weiterhin missbraucht wird, um sich hervorzuheben, Profit und sich wichtig zu machen, das wird vom Gros dessen Anhängerschaft infolge Dummheit nicht erkannt. Dass das Mädchen zudem dem Grössenwahn verfallen ist und auch in den Wahn getrieben wurde, dass es etwas besonders Gutes getan habe und nun eine Ikone usw. sei, das kümmert niemanden. ...

... Der Idiotie-Schwachsinn der Klimademonstrationen und der blöd-dummen erphantasierten unbedachten Klimaschutzmassnahmen führen zu ungeahnten nachteiligen Folgen für die Völker, denn das Ganze wird sich auf die Wirtschaft und auf Zigtausende Arbeitnehmende ausschlagen, was sowohl das kleine Mädchen Greta Thunberg wie auch dessen Hinterleute/Hintermänner – die Profit aus des Kindes Klimarummel machen – nicht bedachten und auch nicht bedenken können. Den horrenden Schaden, den es bereits erschaffen hat und weiter erschaffen wird, erfolgt auch dadurch, dass viele durch die unsinnige, idiotische naive Klimademonstriererei und deren Auswirkungen ihre Arbeit verlieren und in finanzielle Nöte geraten werden. Und das geschieht bereits und wird weiterhin geschehen, denn da auch die Regierungen den Schwachsinn aufgegriffen haben und weitertreiben, werden nun unter behördlichen und staatlichen Deckmänteln des Klimaschutzes vermehrt Unsinnmassnahmen für alles mögliche ersonnen und durchgesetzt. Und dies geschieht besonders durch den ganzen Schwachsinn und die brüllende Hysterie der Klimademonstrierenden, die unsinnige Massnahmen fordern, wodurch die Regierenden sich ebenfalls in den Vordergrund stellen, sich wichtig machen und den Völkern mit neuersonnenen Steuern und sonstigen Abgaben das Leben schwer machen und sie finanziell schröpfen. ...

... Allesamt haben Regierungen, Organisationen und die Wirtschaft usw. durch den ganzen unsinnigen Hysterierummel die Chance ergriffen, um sich nicht nur grossmäulig in den Vordergrund zu stellen und sich in der Öffentlichkeit in aller Welt wichtig zu machen, sondern auch um sich zu bereichern. Diejeni-

gen, die es in dieser Beziehung angeht, nämlich alle in diese kriminellen Machenschaften involvierten und verwickelten Hysterie-Organisierenden, wie auch die Regierenden, alle Demonstrierenden, Konzerne, Wirtschaftsmagnaten und sonstigen von der ganzen Hysterie Profitierenden, kümmert die Wahrheit jedoch nicht, dass nur eine krasse Erdlingsreduktion durch einen Geburtenstopp und eine Geburtenregelung das Klimaproblem lösen und auf lange Sicht Erfolg bringen kann. Folgedem wird der ganze Klimawandelklamauk und der dem Profit dienende und zudem die Völker in die Irre führende Zirkus weitergetrieben und derart dramatisiert, dass weitum Angst und Schrecken aufkommen, sich verbreiten und letztendlich Unheil und Zerstörungen daraus hervorgehen. ...

726. Kontakt vom 12. November 2019

... Das bedeutet, dass sie der Dummheit verfallen und regierungsunfähig sind, weil sie unfähig sind, für diese ihre Regierungstätigkeit Verstand und Vernunft zu nutzen, was ja eben die Dummheit bedingt. Daher können ja selbst Gescheite und Kluge mit sehr guter Bildung auf irgendwelchen Gebieten dumm und dämlich sein hinsichtlich einer Regierungstätigkeit oder sonstwie anderweitig. Und gerade diesbezüglich denke ich an das Gros der deutschen Regierenden, die weiblichen wie die männlichen, die sich auch durch die Klimaschutzaktivistinnen beeinflussen lassen, wie durch die kleine naive Göre Greta Thunberg und die ebenso naive Luisa-Marie Neubauer, die keinerlei Ahnung davon haben, was der grundlegende Ursprung und alle Zusammenhänge der Klimazerstörung sind. Und das wissen auch alle gleichgerichteten Demonstrierenden und das Gros der Regierenden nicht, weshalb ihnen in keiner Weise klar und verständlich ist, wofür sie überhaupt demonstrieren. In Deutschland ist die naive und unwissende Luisa-Marie Neubauer eine der Hauptorganisatoren des von Greta Thunberg durch Dummheit inspirierten Schulstreiks (Fridays for Future) und die weltweit daraus hervorgehenden hysterischen Klimademonstrationen. Und diese ganze Hysterie nutzen jene verantwortungslosen Regierenden allüberall in der ganzen Welt in allen Staaten, insbesondere in Deutschland, wie aber auch in anderen EU-Diktatur-Staaten und auch in der Schweiz, um grosse finanzielle Millionenbeträge auf Kosten der Steuerzahlenden für nutzlose «Klimaschutzprogramme» vom Staatshaushalt abzuzweigen und für unsinnige (Klimaschutzmassnahmen) zu verpulvern. Allen voran stehen diesbezüglich in Deutschland die Grünparteilichen, wie aber besonders Merkel, die Karrenbauer als Kriegsministerin und von der Leyen als Ober-Diktatorin nach Brüssel gehievt und lange vorher mit ihrer schwachsinnigen Willkommenskultur völlig verantwortungslos unzählige Flüchtlinge nach Europa gelockt hat. Dabei sind bis heute allein im Mittelmeer mehr als 20 000 Flüchtlinge ertrunken, während verbrecherische Schlepper Millionen von Dollars (verdienen). Allein schon das zeugt davon, dass diese Frauenhässlichkeit ihres Regierungsamtes absolut unfähig ist - wie auch die hochgehievte Kriegsministerin und EU-Diktatorin und das Gros der anderen weiblichen und männlichen Mistregierenden – und dafür ihres missbrauchten Amtes enthoben und drastisch bestraft werden müsste.

..

... Tatsache ist, dass die Klimakrise die Erde und die Menschheit nicht erst in der Zukunft treffen wird, denn sie hat schon früh im vorletzten und letzten Jahrhundert begonnen. Dies, als die Industrialisierung begann und die Atmosphäre mit Giftgasen und Giftstoffen belastet wurde, wie das auch durch die beiden Weltkriege geschah, durch die ungeheure Massen CO2-Tonnagen und Milliarden Tonnen anderer Giftgase in die Atmosphäre gejagt und zudem die Ökosysteme mit tausendfältigen Giftstoffen langsam, aber sicher zerstört wurden, wodurch das Klima gesamthaft beeinträchtigt wurde und der Klimawandel begann. Grundsätzlich tragen ohne Ausnahme – was natürlich völlig ausser acht gelasssen wird und absolut indiskutabel ist - in sehr grossem Mass an der heutigen Klimakatastrophe auch alle Armeen sämtlicher Staaten der Welt grosse Schuld. Diese verursachen nämlich mit allen ihren Vehikeln, Kampfflugzeugen, Kampfpanzern, Bombern, Kampfgasen, Transportmaschinen, Giftstoffen, Raketen und Geschützen usw. Unmassen von giftigen CO2-Tonnagen, wie sie auch allerlei die Atmosphäre und damit auch das Klima beeinträchtigende gefährliche und zerstörende Strahlungen freisetzen, die für die Menschen und alle Lebewesen gesundheitsschädlich sind. Also erzeugen auch sämtliche Armeen in sehr grossem Mass gefährliche und das Klima zerstörende Emissionen, und das sowohl in allen Kriegen und sonstigen Waffengängen, die endlos und unaufhaltsam ständig in aller Welt irgendwo völlig ausgeartet, mörderisch und verantwortungslos geführt werden. Dies, wie seit alters her, weil die Erdlinge - ganz besonders die Staatsmächtigen – in Angst und Feigheit nur an Rache, Vergeltung und Krieg denken, an ein Morden, Töten und an Massaker, die den von ihnen eingebildeten Feind zur Raison bringen sollen. Und dies tun sie, weil sie in ihrer Angst und Feigheit dumm wie Bohnenstroh und daher jedem Verstand und jeder Vernunft unzugänglich sind, folglich sie auch zu keiner rechtschaffenen Bevölkerungs- und Landesführung fähig sind. Ein Mensch jedoch, der seinen Verstand und seine Vernunft zu nutzen vermag, hat weder Angst vor einem Feind, den er sich einbildet – wie dies z.B. der Fall ist in der westlichen Welt gegen Russland -, noch denkt er an Rache, Krieg, Vergeltung und blutigen Sieg über andere Völker. Und wenn schon die Rede davon ist, wie der gesamte Westen sich in seinem Wahn von Angst und Feigheit aufrüstet und zur Zeit rund 500 Milliarden Euro dafür idiotisch verpulvert, um gegen einen in Angst und Feigheit eingebildeten russischen Angriff gewappnet zu sein, dann ist das sehr viel mehr als nur irr und verantwortungslos. Völlig klar verstand-vernunftmässig bedacht, entspricht die ganze diesbezügliche Angst-Feigheitshysterie der gesamten Westmächte – und jener Bevölkerungsteile, die mit ihren idiotisch-dummen Staatsführenden gleichziehen – einem unbedachten Wahnsinn, der früher oder später effectiv zu einem weiteren und wie niemals zuvor allesvernichtenden Weltkrieg führen kann, der wohl einem atomaren Wahnsinn entsprechen und sich damit auch diese Prophetie erfüllen würde.

Wird die gesamte heutige politische und militärische Weltlage betrachtet, und zwar ausserhalb der westlichen lügnerischen politischen und medienmässigen Falschdarstellungen in bezug auf die verantwortungslose angst-feige und feindschaftlich gesinnte Hetzerei gegen Russland durch die Regierenden, Politiker und Militärs, wie aber auch die durch diese gesteuerten öffentlichen Medien, dann sieht alles sehr übel aus. Wäre in Russland nicht ein Mann an der Macht, nämlich Putin, der bedacht ist und sich durch alle die voller Angst und Feigheit verleumderisch und verantwortungslos geführten Angriffigkeiten gegen Russland nicht aus der Ruhe bringen und nicht beeinflussen lässt, dann stünde Übles an. Wäre das also nicht der Fall, dann hätte es schon längst gekracht, wie das wohl auch so gewesen wäre bei Josef Wissarionowitsch Stalin, Leonid Iljitsch Breschnew und wohl auch bei Boris Nikolajewitsch Jelzin. Bisher kann der Westen von Glück reden, dass sich Putin nicht durch die Angst, Feigheit und primitiven Angriffigkeiten der Westpolitiker, Westmächte und Westmilitärs und sonstigen krankdummen Idioten provozieren lässt, wobei aber die Frage gestellt werden muss, wie lange das anhalten kann, denn wie heisst es doch von alters her: Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht. Dass dann, wenn es tatsächlich durch die Dummheit und eben Verstand- und Vernunftlosigkeit sowie Verantwortungslosigkeit und Schuld der dumm-dämlich-irren Westmachthaber, der Politiker, der Militärs und Regierungen und sonstig Schwachsinnigen des Westens zum Krachen kommen würde, dann wäre die gesamte Erde wohl nur noch ein lebloser Trümmerhaufen, und das steht dann wohl ausser Frage. Wäre also nicht Putin, den dumm-dämliche Idioten aller Couleur nicht verstehen und als Feind wähnen - auch im eigenen Land -, obwohl er in Wahrheit effectiv bestrebt ist, von Russland her Frieden in die Welt zu bringen, dann würde schon längst ein weiterer Weltkrieg toben. Effectiv alles aus Sicht von Verstand und Vernunft betrachtet, kann Wladimir Wladimirowitsch Putin mit seiner Ruhe und Bedachtsamkeit als der Mann beurteilt werden, der den Grundstein setzen kann oder könnte, dass, wie eine alte Prophetie aussagt, der prophezeite Frieden auf der Erde dereinst von Russland ausgehen wird. Doch was wirklich sein, kommen und werden wird, das wird die Zukunft erweisen, denn noch lange wird alles im Ungewissen bleiben. ...

... Das ist zweifelsfrei so. Aber ich habe noch etwas zu allem zu sagen, und zwar folgendes: Was die kleine naive Greta Thunberg mit ihrer von irgendwoher gewissenlos gesteuerten Ein-Person-Demonstration in Schweden und die daraus entstandene (Fridays for Future)-Bewegung hervorgerufen haben, das kann und vermag dieses unbedarfte und von profitgierigen Elementen gesteuerte und für Propaganda verantwortungslos missbrauchte Kind weder zu erfassen noch zu verstehen. Das Ganze seines durch Profitgierige sowie sonstige Hintermänner gesteuerte Tun und dessen Auswirkungen auf alle ihm beipflichtenden und es hochjubelnden Irren und Verrückten, hat zu einer weltweiten völlig verstand- und vernunftlosen Hysterie bei allen Klimademonstrationsverrückten geführt. Und dass durch seine Schuld die Irren und Wirren, die demonstrierend brüllend und idiotische Massnahmen fordernd durch die Strassen ziehen, die Klimazerstörung zu einem drohenden Weltuntergangsszenario hochstilisiert haben, das entspricht effectiv einem völlig schwachsinnigen Geplärre. Auch wenn die Klimazerstörung, die zweifellos durch Menschenschuld hervorgerufen wurde – und zwar durch die zerstörerischen Machenschaften der Überbevölkerung zur Befriedigung ihrer Lebens- und Luxusbedürfnisse -, so steht noch kein Weltuntergang bevor, denn wenn sich ein solcher ergeben sollte, dann nur dadurch, dass durch die USA, Deutschland und die EU-Diktatur weiterhin eine verantwortungslose Kriegshetzerei gegen Russland und Asien betrieben und ein weiterer Weltkrieg heraufbeschworen und ein Atomkrieg vom Stapel gerissen wird. ...

... Das ganze Krakeelen der naiven, unbedarften Greta Thunberg sowie Luisa-Marie Neubauer und aller Demonstrierenden lässt sie in ihrer Dummheit und Dämlichkeit nicht erkennen, dass sie sich nebst ihren Wahnideen, aus denen sie sich selbst irr und wirr steuern, auch von im Hintergrund die Fäden ziehenden Profitgierigen und Demonstrierwütigen und Radaukrakeelenden negativ beeinflussen und steuern lassen. Und dass dabei das Gros der verantwortungslosen und dämlichen Regierenden den guten Braten der knallblöden Klimademonstrierenden riechen und dazu nutzen, um im Namen eines erphantasierten und angeblichen Klimaschutzes neue und horrende Steuern zu erfinden, die sie den Bevölkerungen aufbrennen und diese finanziell schwer belasten und ausbeuten, das entspricht nur einer zwangsläufigen Folge der gesamten idiotisch-dumm-dämlichen Klimazerstörungshysterie. Dass dabei der gesamte erlogene Schwachsinn der diesbezüglich fehlbaren Regierenden in bezug auf eine Klimaverbesserung usw. absoluter Nonsens ist, das kann selbst der Dümmste aller Dummen erkennen, doch all die Klimaheulenden und Weltuntergangswahnbesessenen nicht, die offenbar die absolute Dummheit noch um das Vielfache übertreffen. Und dass die diesbezüglich fehlbaren Regierenden – wovon natürlich und selbstverständlich die Rechtschaffenen in diesen Gilden ausgeschlossen sind – sich in einem beschämenden Mass wichtigma-

chend und effectiv nur vorspielend und heuchlerisch nun plötzlich vehement um den Klimaschutz bemühen, um ihr lausig demoliertes Image in ein besseres Licht rücken zu wollen, das ist ja sonnenklar. Dass ihr ganzes schleimiges Gehabe und Getue, ihre Leichenbittermienen und ihre plötzlichen «Klimaschutzbemühungen» und «Klimaschutzinteressen» jedoch nur Lug und Trug und absolute Berechnung zur Selbsterhebung und Selbstbeweihräucherung sind, das steht derart grundlegend klar und wie eingemeisselt erkennbar in ihren Gesichtern, dass selbst ein Blinder alles erkennt. ...

Wie die Bild-Zeitung über Russland lügt

Samstag, 7. Dezember 2019, von Freeman um 09:00

Am Samstag hat die Bild-Zeitung einen Artikel mit der Schlagzeile veröffentlicht, "Treffen der Schande", und kritisierte damit aufs Schärfste das Treffen von deutschen Konzernchefs mit Präsident Putin in Sotschi. Der Inhalt des Artikels ist vollgespickt mit extremem Hass auf Russland und mit Lügen. Dabei versuchen die Firmenbosse im Namen der deutschen Wirtschaft den immensen Schaden, den die antideutsche Landesverräterin Merkel in den Beziehungen zwischen Deutschland und Russland angerichtet hat, zu begrenzen und zu beheben.



DEUTSCHE INDUSTRIE-BOSSE GEBEN PUTIN IN SOTSCHI DIE EHRE

Treffen der Schande

Während deutsche Top-Manager Putins Visionen für große Geschäfte lauschen, wehren die Sicherheitsbehörden in ihrer Heimat russischen Staatsterror ab



Der Autor des Artikels Filipp Piatov ist seit seinem Buch "Russland Meschugge" 2016 für seinen penetranten Putin- und Russland-Hass bekannt.

Er ist in Russland geboren und seine jüdische Familie wanderte während der Perestroika nach Deutschland aus.

Er kritisiert den angeblichen "Rassismus" in Deutschland, ist aber ein grosser Fan Israels und der Apartheid, die dort praktiziert wird, denn ihn stört die krasse Diskriminierung und den offenen Rassismus gegenüber der arabischen Urbevölkerung in Palästina und gegen die Palästinenser generell überhaupt nicht.

Sich immer als Opfer und nicht als Täter hinzustellen, ist typisch, denn "wenn wir es tun, dann ist es kein Rassismus." Alleine sich als "Staat nur für Juden" zu bezeichnen ist Rassismus.

Das Land der Palästinenser systematisch zu rauben und sie aus ihrer angestammten Heimat zu vertreiben, also "Lebensraum" zu schaffen, ist für ihn in Ordnung und keine ethnische Säuberung.

Nach der Annexion des syrischen Golan will Netanjahu jetzt sogar das Jordantal rauben, und er sagte am Donnerstag in Lissabon, dass Israel das "volle Recht" habe, das Jordantal zu annektieren, wenn es sich dafür entscheidet, selbst wenn der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs das zionistische Regime warnte, diesen Rechtsbruch nicht zu begehen.

Ich erwähne dies deshalb, weil Piatov in seinem Artikel über den "russischen Raub der Krim im Frühjahr 2014" spricht. Er behauptet damit, Russland hätte die Krim von der Ukraine geraubt.

Für diesen Schmierfinken ist ein Referendum, in dem sich über 90 Prozent der Krim-Bewohner für eine Wiedervereinigung mit Russland ausgesprochen haben, ein "Raub", statt eine legitime demokratische Entscheidung.

Aber es ist für ihn kein Raub, wenn das Land der Palästinenser ohne ein Referendum und ohne ihre Zustimmung schon seit über 70 Jahren gestohlen wird. Ja sogar heute noch mehr denn je!!!

Daran ist zu erkennen, was für ein Antidemokrat, Heuchler und Vertreter der Doppelmoral Filipp Piatov tatsächlich ist. Ausserdem ist er ein Tatsachenverdreher und ein Lügen- und Propagandaverbreiter, und damit eindeutig KEIN Journalist.

In seinem Artikel schreibt Piatov, die Firmenchefs würden mit Putin zusammensitzen, während "die Sicherheitsbehörden in ihrer Heimat russischen Staatsterror abwehren."

Er verbreitet damit die unbewiesene Behauptung, "ein Russe hätte im Auftrag des Kreml einen Georgier im Berliner Tiergarten ermordet."

Wenn man sich aber den Hintergrund von Zelimkhan Khangoshvili anschaut, dann kann es sich wegen seiner Verwicklung in der "Lopota Schiesserei" um einen Fall von Blutrache oder Ehrenmord handeln.

Khangoshvili war ein bekannter Krimineller und radikal-islamischer Terrorist, der eine lange blutige Spur an Opfern hinterlassen hat, dessen nahe Verwandte möglicherweise ihn beseitigt haben.

Dann soll der Georgier am Anschlag auf den Vater des jetzigen Chefs der Tschetschenischen Republik, Ramsan Kadyrow, verwickelt gewesen sein. Dem Verfassungsschutz hat er auch als Informant gedient.

Der mutmassliche Täter soll Vadim Krasikov heissen, der wegen Mord an einem Geschäftsmann in Moskau 2013 von den russischen Behörden gesucht wird.

Der Mord fand am 23. August 2019 statt, aber die deutschen Behörden haben bis heute keinen einzigen Beweis für einen Auftragsmord durch den Kreml präsentiert. Dabei schimpft sich die BRD ein "Rechtsstaat" zu sein, wo die Unschuldsvermutung gelten soll.

Wie im Westen üblich, wurde sofort der Kreml als Auftraggeber beschuldigt und das Merkel-Regime hat sich auch der Vorverurteilung angeschlossen, "Moskau ist an allem und immer schuld" und zwei russische Diplomaten sind jetzt ausgewiesen.

Der Westen praktiziert ja schon lange die unverschämte Umkehrung der Beweislast Berlin beschuldigt einfach, und die russische Regierung soll ihre Unschuld beweisen.

Der russische Aussenminister Sergej Lawrow sagte dazu: "So darf man wahrscheinlich mit niemandem sprechen, schon gar nicht mit der russischen Seite."

Aber die Tatsache, dass bisher keine Beweise von der Bundesanwaltschaft vorgelegt wurden, beunruhigt einige deutsche Politiker.

"Dass die Bundesregierung zwei russische Diplomaten auswweist, obwohl die Ermittlungen noch andauern, ist ohne klare Informationen schwer zu verstehen", sagte Alexander Lambsdorff, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Freien Demokraten (FDP), zuständig für Aussenpolitik.

Die Medien begannen von Anfang an, Vergleiche mit der Skripal-Vergiftungsgeschichte über die russische Verbindung anzustellen. Es gibt aber nur eine Ähnlichkeit mit dem britischen Fall – es wurden keine Beweise der Öffentlichkeit vorgelegt, aber die Schuldzuweisung begann sofort.

Seit Jahren gibt es eine "Tendenz, Russland für dieses und jenes zu beschuldigen, beginnend mit dem Putsch in Kiew und dem Absturz von MH17 in der Ukraine, dem Fall Skripal und jetzt diesem", sagte Willy Wimmer, ehemaliger Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

Die deutschen Behörden, die die russischen Diplomaten ausgewiesen haben, müssen "mehr sagen", forderte Wimmer und fügte hinzu, "sie müssen erklären, warum sie es getan haben und ob es wirklich genügend Beweise gibt, um Probleme für unsere diplomatischen Beziehungen zu schaffen".

Deshalb, möglicherweise geht es hier um ein ganz anderes Motiv, nämlich, um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland zu sabotieren. Wie bekannt, will Washington die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Nord-Stream-II-Pipeline verhindern.

Dieser konstruierte Fall stärkt die Russland-Hasser und gibt ihnen Gründe, die russischen Energielieferungen zu behindern, damit teures amerikanisches Fracking-Gas importiert wird.

Wie bescheuert und umweltschädigend ist das denn? Nicht nur weil Fracking den Boden und das Trinkwasser vergiftet, sondern weil die Verflüssigung und der Transport des Gases übers Meer sehr viel Energie benötigt.

Na, wo sind denn die Grünen und Klimahysteriker, wenn es darum geht?

Indem Filipp Piatov eine Hasstirade gegen die deutschen Firmenchefs in der <Bild> abfeuerte, "wie könnt ihr es wagen" mit Putin zusammenzusitzen, hier geht es genau darum, die Beziehungen zu schädigen und damit Deutschland auch.

Spätestens seit dem Buch von Udo Ulfkotte, "Gekaufte Journalisten", wissen wir, viele sogenannte Journalisten stehen auf der Gehaltsliste der CIA und des Mossad und werden zur politischen Meinungssteuerung benutzt.

Während dem Treffen mit deutschen Konzernchefs in Sotschi hat Präsident Putin auf ein Problem bei der Übersetzung auf Deutsch mit "was ist los?" reagiert. Er witzelte dann und sagte: "Ich erzähl das später (Gelächter). Ganz uninteressant, was ich sagen werde."

Quelle: http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2019/12/wie-die-bild-zeitung-uber-russland-lugt.html#ixzz67cRjn2Vj

Als neue EU-Kommissionspräsidentin verteilt Ursula von der Leyen fleissig EU-Steuergelder in Milliardenhöhe in Afrika.

Europäisches Parlament / Wikimedia (CC BY 4.0), 8. Dezember 2019 / 17:48



Ursula von der Leyen

Neue EU-Kommissionspräsidentin legt los: EU-Millionen für Afrika

Die erste Auslandsreise in ihrer neuen Funktion als EU-Kommissionspräsidentin führte Ursula von der Leyen nach Äthiopien. Dort traf sie zuerst den Präsidenten der Afrikanischen Union, Moussa Faki Mahamat, und versicherte diesem, dass "Afrika mehr als nur ein Nachbar" sei.

Afrikanischer Ehrgeiz

Danach war sie beim äthiopischen Präsidenten und Friedensnobelpreisträger Aiby Ahmed geladen. Der offenbarte mit seiner Aussage: "Wir fordern noch immer mehr finanzielle Unterstützung, denn wir sind ehrgeizig", einen selten ehrlichen Einblick in die afrikanische Seele. Wenigstens ist man beim Fordern recht ehrgeizig – und immerhin wird diesen Forderungen von EU-Seite auch dienlich nachgekommen.

Geldgeschenke aus Steuermilliarden

So kann man diesem Pressebericht der EU entnehmen, dass von der Leyen 170 Millionen Euro von der EU nach Afrika umverteilt: 100 Millionen für wirtschaftliche Entwicklung, hauptsächlich im Transport- und Logistikbereich, 50 Millionen für eine Gesundheitsreform in Äthiopien, zehn Millionen für die Verbesserung des Geschäftsklimas im Land (!) sowie weitere zehn Millionen für einen transparenten Ablauf der 2020 bevorstehenden Wahlen im Land – ein Posten übrigens, bei dem Deutschland aus eigener Tasche noch einmal zehn Millionen drauflegt.

Fast eine Billion für "Entwicklungszusammenarbeit"

Dass diese gewaltig erscheinende Summe jedoch nur ein Tropfen auf den heissen Stein ist, kann man in einem verlinkten Positionspapier ersehen. Dort wird nämlich stolz vermeldet, dass unabhängig davon bereits im Zyklus von 2009 bis 2013 nicht weniger als 674 Millionen Euro nach Äthiopien flossen. Von 2014 bis 2020 sind es insgesamt 745 Millionen Steuergelder der Europäer, die den Afrikanern von den EU-Eliten geschenkt werden.

Unbekannte Geldflüsse

Wohin das Geld genau geht, ist natürlich schwer nachvollziehbar – wie immer trifft man auf ein Dickicht aus Trusts, Funds und Organisationen. Weiters muss man wohl davon ausgehen, dass es auch mit anderen afrikanischen Ländern ähnliche Abkommen zur "Entwicklungszusammenarbeit" gibt, wo weitere Steuergeld-Milliarden, die von Europäern erwirtschaftet wurden, in dubiosen Kanälen versinken.

Was das Ganze bringen soll, muss man sich erst recht fragen, wenn man sich auf den Strassen hierzulande umsieht; Wenn man sich damit zumindest einen Stopp der Einwanderung erkaufen könnte, wären wohl nicht wenige gewillt, diesen Preis zu zahlen. So wie es aussieht, bewirkt die Entwicklungshilfe allerdings genau das Gegenteil.

Quelle: https://www.unzensuriert.at/content/84782-von-der-leyen-legt-los-eu-millionen-fuer-afrika

Die Verschmelzung von Mensch und Maschine in der modernen Kriegstechnologie

9.12.2019 • 06:45 Uhr https://de.rt.com/21kp
Die Verschmelzung von Mensch und Maschine in der modernen Kriegstechnologie Quelle:
Reuters © Toby Melville



Detailansicht eines Stan Winston Endoskeletts aus dem Film Terminator 2.

Bis ins Jahr 2050 könnte das US-Militär in der Lage sein, hoch entwickelte Cybertechnologien in Kampfverbänden zu implementieren. Eine neue Studie des US-Verteidigungsministeriums bringt interessante, aber auch besorgniserregende Tatsachen hervor.

Mehr zum Thema – Studie kritisiert Amazon und Microsoft wegen Entwicklung von gefährlichen KI-Kampfsystemen

In der Studie mit dem Titel "Cyborg-Soldat 2050: Die Fusion von Mensch und Maschine – Auswirkungen auf die Zukunft" untersuchte die Arbeitsgruppe "Biotechnologien, Gesundheit und menschliche Leistung" des US-Verteidigungsministeriums mehrere Entwicklungen im Bereich neuer Technologien. Diese sollen die menschliche Leistung bei der Umsetzung militärischer Zielvorgaben steigern und effektiver machen. Auch geht es um die ethischen, rechtlichen und sozialen Auswirkungen dieser Technologien:

Die Studiengruppe prognostiziert, dass Technologien zur Verbesserung der Interaktion von Mensch und Maschine vor dem Jahr 2050 allgemein verfügbar und stetig weiterentwickelt werden. Dies ist weitgehend auf die zivile Nachfrage in der Bioökonomie zurückzuführen, die sich auf dem heutigen globalen Markt in einem frühen Entwicklungsstadium befindet.

Taktische Vorteile durch neuronale Vernetzung

Aus der Analyse geht hervor, dass die Entwicklung "direkter neuronaler Verbindungen des menschlichen Gehirns für den direkten Datenaustausch eine revolutionäre Verbesserung der militärischen Fähigkeiten" der Zukunft bewirken wird. In weniger als einem halben Jahrhundert würden spezielle neuronale Implantate im Gehirn des Trägers dessen Interaktion mit Waffensystemen, Aufklärungsdrohnen und Truppen ermöglichen, so der Bericht. Räumliche Entfernungen spielen hierbei keine Rolle mehr, da die Verbindungen über ein zentrales Netzwerk und das (militärische) Internet hergestellt werden:

Die Möglichkeit eines direkten Datenaustauschs zwischen menschlichen neuronalen Netzen und mikroelektronischen Systemen könnte die Kommunikation mit taktischen Einsatzelementen revolutionieren, den Wissenstransfer in der gesamten Befehlskette beschleunigen und letztendlich die Unsicherheiten in der Kriegsführung minimieren.

Gehirnimplantate und künstliche Augäpfel für Spezialeinheiten

Das Verfahren zur Implantation einer solchen Technologie könnte "invasiv sein und Methoden beinhalten, bei denen Mikroelektroden direkt in Regionen des Gehirns implantiert oder über die Oberfläche des Ge-

hirns ausgebreitet werden", so der Bericht weiter. Nicht-invasive Methoden, wie die Verwendung von Elektroden auf der Kopfhaut, können ebenfalls genutzt werden.

Insbesondere Angehörige von Spezialeinheiten würden diese Art von Technologien akzeptieren, da sie deutliche Verbesserungen der eigenen Fähigkeiten, der individuellen Überlebenschancen und der Gesamtüberlegenheit auf dem Schlachtfeld umfassen. Den Nutzern würden "verbesserte Rechenfunktionen geboten, die die Identifizierung, Auswahl und gemeinsame Nutzung von Daten mit anderen Personen oder militärischen Systemen ermöglichen". Dies schliesst enorme Leistungssteigerungen im Bereich des Sehvermögens mit ein, ist aber mit drastischen invasiven Massnahmen verbunden:

Der Augapfel selbst wird komplett ersetzt und die Daten werden direkt in das optische Nervenbündel hinter dem Auge geleitet. Die sensorischen Eingaben für die Visualisierung wären vollständig mechanisch oder elektronisch in der Zusammensetzung, was Datenfeeds aller Art und über alle Spektren hinweg ermöglichen würde, einschliesslich derjenigen, die zuvor von Menschen nicht visualisiert werden konnten. Die Entwicklung von implantierbaren Schnittstellen mit hoher Bandbreite, die Nerven auf individueller neuronaler Ebene stimulieren, wird einen bidirektionalen Datentransfer ermöglichen. Im Wesentlichen wäre das Auge völlig künstlich und in der Lage, jegliche Art von Sinnesdaten aufzunehmen und sie zur Interpretation direkt in das Gehirn einzuspeisen.

Soziale Assimilierung als Vorläufer

Aus dem Haftungsausschluss des Berichtes geht hervor, dass die Forschungsergebnisse "keine offizielle Politik oder Position der US-Regierung" sind. Das US-Verteidigungsministerium müsse für diese neuen Technologien zuerst rechtliche, sicherheitstechnische und ethische Rahmenbedingungen schaffen, heisst es. Das Pentagon solle auch weitere Grundlagenforschungen über Technologien zur Verschmelzung von Mensch und Maschine unterstützen, "bevor sie eingesetzt werden, um langfristige Sicherheit zu gewähren und die Auswirkung auf Einzelpersonen und Gruppen zu verfolgen".

Der Bericht erkennt aber auch das Problem, dass die Nutzung dieser Technologien von der Öffentlichkeit möglicherweise nicht akzeptiert wird. Um diesem Umstand entgegenzuwirken, "sollten Anstrengungen unternommen werden, um negative kulturelle Narrative hinsichtlich der neuen Technologien umzukehren." Die Studiengruppe empfiehlt daher:

Eine realistischere und ausgewogenere Berichterstattung und Transparenz, die dazu dienen sollen, die Öffentlichkeit bei der Einführung dieser Technologien besser zu erziehen, gesellschaftliche Befürchtungen abzumildern und Hindernisse bei der Einführung zu beseitigen.

Quelle: https://deutsch.rt.com/gesellschaft/95353-verschmelzung-von-mensch-und-maschine-in-der-modernen-kriegstechnologie/

EU-Gericht fördert Migration, EU-Parlament beschimpft die Europäer als Rassisten

Von Andreas Unterberger / Gastautor 2. Dezember 2019 Aktualisiert: 2. Dezember 2019 14:52

Die Altlasten auf dem Rücken der neuen EU-Kommission sind gewaltige Felsmassen, keine blossen Steine – und es gibt nur geringe Hoffnung, dass mit Ursula von der Leyen mehr Vernunft einkehrt.



Ursula von der Leyen nimmt im Plenarsaal des Europäischen Parlaments Glückwünsche vom EVP-Fraktionsvorsitzenden Manfred Weber an. Die neue EU-Kommission kann unter von der Leyen am 1. Dezember ihr Amt antreten. Foto: Philipp von Ditfurth/dpa/dpa

Denn sowohl EU-Gerichtshof wie auch das EU-Parlament haben sich zuletzt ganz gegen den Willen der Mehrheit der Europäer als radikale Förderer der Völkerwanderung betätigt. Und das EU-Parlament ist

überhaupt die erste Volks-"Vertretung" der Geschichte, die das eigene Volk, die eigenen Wähler öffentlich als bösartige Rassisten beschimpft.

Es ist nur ein bisschen mehr als ein halbes Jahr vergangen und "schon" hat die EU eine neue Kommission – freilich noch nicht ganz: Denn die Briten haben niemanden geschickt, was die rechtliche Qualität der Kommission fragwürdig macht. Aber auch schon egal, denn schlimmer als in der Periode Juncker kann es in Europa mit Sicherheit nicht zugehen.

Wobei man korrekterweise sagen muss: Es ist keineswegs nur die Kommission, welche die Menschen Europas oft in die Verzweiflung getrieben hat. Oft sind die Dinge, die der EU-Gerichtshof oder das Parlament tun, noch viel schlimmer. Nur fallen sie nicht so auf wie die Dummheiten der Brüsseler Kommission. Dabei sind Gericht und Parlament in Wahrheit viel gefährlicher, weil bei ihnen die Mitgliedsstaaten überhaupt keine Möglichkeit mehr haben, sie zu bremsen.

Die Hauptschuld beider Institutionen besteht in der Förderung der Völkerwanderung aus Afrika und Asien nach Europa. So, als wäre es ihr strategisches Ziel, den Europäern die EU gründlich zu vermiesen.

Zuerst zum EU-Gerichtshof. Dieser hat vor kurzem entschieden, dass ein Asylbewerber auch dann vollen Anspruch auf alle materiellen Leistungen in Hinblick auf Unterkunft, Verpflegung und Kleidung haben muss, wenn er sich grob gewalttätig verhält. Er darf nicht einmal aus einem Asylantenquartier verwiesen werden, wenn er dort eine Schlägerei angezettelt hat.

Der Anlass: Der Leiter eines belgischen Asylantenzentrums hatte einen Afghanen nach einer solchen Schlägerei wenigstens für zwei Wochen hinausgeworfen. Er handelte wohl auch auf Grund der Erfahrung, dass die sich für humanitär haltenden europäischen Gerichte erst dann Haftstrafen verhängen, wenn es um Mord und Totschlag geht (Margaret Thatcher hätte sie als "Waschlappen-Gerichte" bezeichnet).

Aber selbst eine solche harmlose Strafe für Schlägerei ist dem EU-Gerichtshof zu streng: Die EU-Staaten seien verpflichtet, Asylbewerbern dauerhaft einen "würdigen Lebensstandard" zu gewähren. Kein weiterer Kommentar.

Noch viel erschütternder ist eine Resolution des EU-Parlaments, die eine breite Einflugschneise für die Migration von Afrikanern Richtung Europa verlangt. Diese Entschliessung ist zwar schon im Frühjahr beschlossen worden, aber in der Berichterstattung der EU-Journalisten, die natürlich wissen, was ein solcher Text (Anmerkung: Siehe https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-8-2019-0212_DE.html) bei den europäischen Wählern auslösen würde, völlig unter den Tisch gekehrt worden.

Erst jetzt wird er langsam bekannt. Er sollte den EU-Parlamentariern täglich samt der Frage vorgehalten werden, wie sie so etwas vor ihren Wählern rechtfertigen – und ob sie den langen Text vor seiner Annahme überhaupt gelesen haben.

Das lange Dokument geht in vielen Passagen noch weit über den UNO-Migrationspakt hinaus, der im Vorjahr noch auf ein Nein der österreichischen Regierung gestossen ist. Das damalige Nein ist von der Linken vehement kritisiert worden. Diese heurige EU-Entschliessung ist jedoch auf keinen Widerstand aus Österreich mehr gestossen. Auch die Freiheitlichen haben sich dabei nur der Stimme enthalten! Womit sich die Linken langfristig durchgesetzt haben.

So wie der UNO-Pakt ist auch die EU-Entschliessung im legalistischen Sinn zwar nicht bindend. Aber sie bedeutet einen weiteren grossen Puzzlestein jener Politik, die massiv auf Förderung weiterer Massenmigration aus Afrika nach Europa ausgerichtet ist.

Solche Dokumente werden durch ihre Häufung ständig als Argumentationsgrundlage benutzt, auf die sich dann wieder weitere konkrete Pro-Migrations-Urteile und -Massnahmen berufen können. Und vor allem ist das "Es-ist-eh-nicht-verbindlich"-Argument auch in sich absurd: Es erklärt ja in keiner Weise, warum man solche Resolutionen dann überhaupt angenommen hat. Es bestätigt nur den Verdacht vieler Europäer, dass sich die Eurokraten einer windigen Salamitaktik bedienen.

Konkret stösst an dem mit seinem EU-typischen Schwampf und Wortgeklingel wohl bewusst verwirrend gehaltenen Text als besonders skandalös auf:

Nicht nur für Österreicher ist provozierend, dass sich die EU-Parlamentarier darin mehrmals auf das Verschulden Europas aus kolonialen und Sklavenhalter-Zeiten berufen. Dabei ist die grosse Mehrzahl der EU-Mitgliedsstaaten niemals kolonialistisch aktiv gewesen und hat auch nie Sklaven gehalten. Damit wird das mindestens 60 Jahre zurückliegende Fehlverhalten einiger Staaten in eine aktuelle Kollektivschuld aller verwandelt (wie wenn alle 28 etwa für Hitler oder Stalin verantwortlich wären, und das heute noch ...).

Ständig wird in Übernahme eines linksradikalen Vokabels behauptet, dass Rassismus in Europa "strukturell" sei – ohne auch nur eine einzige solche Struktur etwa in europäischen Gesetzen nennen zu können.

Einen angeblichen "strukturellen Rassismus" gegen Menschen afrikanischer Abstammung sehen die EU-Abgeordneten, ohne einen einzigen Beweis zu nennen, in fast allen Bereichen; konkret bei "Beschäftigung, Bildung, Gesundheit, Strafrecht, politische Teilhabe" – und natürlich in der "Migrations- und Asylpolitik und -praxis".

Der Text ist über viele Seiten von dem bei afrikanischen Politikern zum rhetorischen Grundrepertoire gehörenden Schmäh geprägt, dass Europa an allen Problemen der Afrikaner schuld sei. Jetzt macht ihn sich aber das EU-Europa selbst zu eigen.

Zugleich wird die Grenze zwischen den (tatsächlichen oder behaupteten) Diskriminierungen der in Europa heute schon lebenden 15 Millionen Schwarzafrikaner und einem angeblichen Migrationsrecht der in Afrika lebenden Menschen nach Europa bewusst verwischt, obwohl das eine mit dem anderen absolut nichts zu tun hat.

Natürlich wird mit keiner Silbe auf die Verfolgungen eingegangen, die in den letzten Jahren umgekehrt Weisse – also Nachfahren von ausgewanderten Europäern – in Schwarzafrika erlebt haben, etwa jene im Zimbabwe durch zahlreiche Morde und staatlich angeordnete Land-Enteignungen, die in den letzten Jahrzehnten zweifellos alles übertroffen haben, was Afrikanern gleichzeitig in Europa angetan worden ist. Es wird sogar ohne jeden Beweis beklagt, dass Kinder von Schwarzafrikanern in Europa angeblich grundlos schlechtere Schulnoten haben und "deutlich" öfter Schulabbrecher seien. Also auch das wird von den EU-Parlamentariern als Schuld der Europäer gesehen und nicht etwa als Folge der mangelnden Bildungsorientierung vieler afrikanischer Familien.

Ebenso wird – natürlich ohne dass das Wort "Drogen" auch nur angedeutet würde – über "diskriminierende Kontrollen und Durchsuchungen sowie Überwachungen" geklagt.

Verurteilt wird auch das "Blackfacing" – also die harmlose Gesichtsschwärzung etwa bei Unterhaltungsveranstaltung oder Dreikönigs-Aktionen –, welches die Diskriminierung sogar "verschärfen" würde.

Diese absurde, aber nun auch vom EU-Parlament übernommene Paranoia hat in den Niederlanden rund um die Tradition des "Zwarte Piet" in den letzten Jahren sogar schon zu Strassenschlachten geführt, weil sich viele Niederländer einen solchen ideologischen Eingriff in ihre Traditionen nicht gefallen lassen.

Ganz parallel zur Argumentation der Feministen und Islamisten in den letzten Jahren wird geklagt, dass die Schwarzen in den gesetzgebenden Körperschaften "massiv unterrepräsentiert sind".

Zumindest für Erstaunen sorgt die Behauptung der EU-Parlamentarier, dass die Afrikaner "erheblich zum Aufbau der europäischen Gesellschaft beigetragen haben". Was soll damit konkret gemeint sein? Vielleicht die Migration von Menschen aus Ostafrika über Kleinasien nach Europa vor rund 60 000 Jahren (Die Nachfahren dieser Migranten haben nur heute keine schwarze Hautfarbe mehr, weil sie viele Generationen im rauen und kälteren europäischen Klima gelebt haben).

Europa soll jetzt – die "Tage" für alles Mögliche sind offenbar nicht mehr genug – "Monate der schwarzen Geschichte" einführen. Und einen Satz später wird sogar nach einem offiziellen "Jahrzehnt der Menschen afrikanischer Abstammung" gerufen.

In den Behörden sollen "Schulungen zur Beseitigung von Vorurteilen" abgehalten und durch die Lehrpläne der Schulen soll eine "umfassende" Sicht auf die Themen "Kolonialismus und Sklaverei" vermittelt werden (die offenbar gemeinten Begriffe "Umerziehung" und "Gehirnwäsche" kommen noch nicht direkt vor …).

Wie selbstverständlich findet sich in dem Dokument auch die Forderung nach "Teilhabe" von Afrikanern an Fernsehsendungen und anderen Medien.

Ferner solle die EU-Kommission eine eigene Arbeitsgruppe einrichten, die sich dem Thema "Afrophobie" widmet.

Es wird auch die Schaffung von neuen Strafrechtsparagraphen verlangt, die neue Meinungsdelikte einführen, um "Hassverbrechen" gegen Afrikaner zu bestrafen.

Und der absolute Höhepunkt findet sich als 23. (von insgesamt 28!) Forderungen versteckt: Das EU-Parlament "fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, unter Berücksichtigung der bestehenden Rechtsvorschriften und Verfahren dafür zu sorgen, dass Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber auf sicherem und legalem Wege in die EU einreisen können".

Manche EU-Parlamentarier führen zur Beruhigung inzwischen empörter Europäer den Verweis auf "Rechtsvorschriften und Verfahren" an. Aber das ist völlig naiv. Denn die gegenwärtigen Gesetze haben die Völkerwanderung ja eindeutig nur deshalb ein wenig verhindern und einbremsen können, weil die bestehenden Rechtsvorschriften eben keine "sicheren und legalen Wege" für die Afrikaner geschaffen haben, direkt nach Europa zu migrieren. Sobald es diese gibt, werden sich mit absoluter Sicherheit die auf seriösen Studien beruhenden Berechnungen etwa von Gunnar Heinsohn realisieren, dass Hunderte Millionen Afrikaner nach Europa migrieren wollen.

Und vor allem: "Bestehende" Rechtsvorschriften können ja jederzeit von den Parlamenten geändert werden! Diese Resolution ist geradezu eine eindeutige Aufforderung, es auch zu tun. Linke Politiker haben in mehreren Ländern ja auch schon genau die Schaffung solcher neuen Rechtsvorschriften verlangt, damit Afrikaner "auf sicherem Wege" nach Europa übersiedeln können.

Es ist absolut erschütternd, dass eine grosse Mehrheit der – von den Europäern gewählten! – EU-Abgeordneten das alles nicht begreift oder gar bewusst ignoriert.

Es ist genauso erschütternd, dass es wohl noch nie eine demokratisch gewählte Volksvertretung gegeben hat, welche die eigenen (!!) Bürger und Wähler, insbesondere die eigenen Lehrer und Beamten, so aggres-

siv als Rassisten, als Diskriminierer, als schuld an den Problemen anderer Kontinente hingestellt und beschimpft hat.

Es ist erschütternd, wie sehr die EU-Parlamentarier ignorieren, dass sich die ökonomischen und sozialen Probleme Afrikas in den 60 Jahren seit Ende der Kolonialzeiten verschlimmert haben, und dass sie mit keiner einzigen Silbe darauf eingehen, dass auch die Afrikaner selbst unglaublich viele Fehler begangen haben (durch Stammes- und Nationalitätenkonflikte, durch Vertreibung der weissen Farmer, durch sozialistische Wirtschaftszerstörung, durch Islamisierung, durch Ausverkauf an China ...).

Es ist deprimierend, dass es keine einzige Andeutung, geschweige denn Anerkennung gibt, wie viele Milliarden Euro aus Europa an Entwicklungshilfe nach Afrika geflossen sind.

Es ist erschütternd, wie sehr die vom EU-Parlament verlangten Umerziehungs-Aktionen von einem ganz ähnlichen <Geist> (Bewusstsein> getragen sind, wie es die totalitären Regime der Nationalsozialisten oder Kommunisten waren, die ebenfalls den ihnen Unterworfenen ihre eigenen Überzeugungen aufzwingen wollten.

Es ist eine Zumutung an unsere Intelligenz, wenn man – genauso wie beim Migrationspakt der UNO – so tut, als ob so ein kleiner Hinweis auf geltende Gesetze oder auf das Fehlen einer direkten Verbindlichkeit solche Dokumente völlig unwirksam und unbedeutend machen würden. Wenn sie das wären, dann bräuchte man sie ja gar nicht erst zu beschliessen. In Wahrheit sind gerade für die EU-Kommission, die für die Einbringung von dann voll bindenden Gesetzen und Richtlinien zuständig ist, solche Resolutionen immer ein wichtiger Auftrag, den noch keine Kommission zu ignorieren gewagt hat. Jede künftige Kommission wird ja berichten müssen, was sie alles zur Umsetzung dieser Resolution schon getan hat.

Und es ist alles andere als ein Trost, dass die EU-Abgeordneten einen solchen unglaublichen Text gleichsam durch die Hintertür an der Öffentlichkeit vorbei beschlossen haben.

Der Menschenrechtsgerichtshof

Die EU steht als Grossförderin der Massenmigration in Europa nicht alleine da. Ihr zur Seite steht auch das ganze Gebäude des Europarates mit dem Strassburger Menschenrechtsgerichtshof.

Den vollständigen Text können Sie weiterlesen auf diesem Link: EU-Gericht fördert Migration, EU-Parlament beschimpft die Europäer als Rassisten.

Mehr zum Autor Andreas Unterberger und seinem Blog finden Sie HIER Österreichs meistgelesener Internet-Blog: www.andreas-unterberger.at – Autor von "Zwischen Lügenpresse und Fake news" Regelmässige Kommentare auf: ORF-Watch.at, EU-Infothek, in der "Weltwoche", im "Börsen-Kurier", in "Alles Roger" und in "thema vorarlberg"

Dieser Beitrag stellt ausschliesslich einzig die Meinung des Verfassers dar. Er muss nicht zwangsläufig die Sichtweise der Epoch Times Deutschland wiedergeben.

Quelle: https://www.epochtimes.de/meinung/gastkommentar/eu-gericht-foerdert-migration-eu-parlament-beschimpft-die-europaeer-als-rassisten-a3085002.html

FDP warnt vor "höchst fragwürdiger" Merkel-Praxis – KK nahm ohne Amt an Geheimsitzungen teil

Epoch Times 9. Dezember 2019 Aktualisiert: 9. Dezember 2019 13:03

Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Marco Buschmann, sieht ernsthaften Anlass zur Sorge: "Angela Merkel hat offenbar eine immer weitere Verschmelzung von Staats- und Parteiapparat herbeigeführt", sagte er dem "Tagesspiegel".

Auch ohne ein Regierungsamt hat die derzeitige Verteidigungsministerin und CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer bereits an vertraulichen Dienstsitzungen im Bundeskanzleramt teilgenommen.

Dies bestätigte das Kanzleramt nach einer Auskunftsklage des Berliner "Tagesspiegel" vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg, wie die Zeitung am Montag berichtete.

Zudem standen demnach seit Beginn der Amtszeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die Türen zur sogenannten Morgenlage für weitere Parteifunktionäre aus der Union offen. (Az.: OVG 6 S 47.19)

Klage auf Herausgabe

Die Regierung habe Informationen dazu bisher gegenüber dem Parlament und der Presse abgelehnt, berichtete der "Tagespiegel". Deswegen habe er Klage auf Herausgabe eingereicht.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Marco Buschmann, kritisierte die Praxis: "Angela Merkel hat offenbar eine immer weitere Verschmelzung von Staats- und Parteiapparat herbeigeführt", sagte er dem "Tagesspiegel".

Die Mehrheitspartei dürfe sich keine wettbewerbswidrigen Vorteile im demokratischen Wettstreit verschaffen

Offenbar als Reaktion auf parlamentarische Anfragen habe sich Kramp-Karrenbauer im Frühjahr aus der Runde zurückgezogen, berichtete die Zeitung. Inzwischen hat Kramp-Karrenbauer als Verteidigungsministerin ohnehin Zugang zu vertraulichen Briefings. (afp)

Quelle: https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/fdp-warnt-vor-hoechst-fragwuerdiger-merkel-praxis-akk-nahm-ohne-amt-an-geheimsitzungen-teil-a3092118.html

Herbe Niederlage für Nestlé: Gericht in Michigan entzieht Wasserrechte

Epoch Times 9. Dezember 2019 Aktualisiert: 9. Dezember 2019 13:56

Dass der Schweizer Nahrungsmittelkonzern Nestlé ein öffentlicher Wasserversorger sei, sei "absurd", sagte Jim Olson, Umweltanwalt von Michigan.

Einen herben Schlag musste der Schweizer Nahrungsmittelkonzern Nestlé hinnehmen. Das zweithöchste Gericht in Michigan entschied, dass die kommerzielle Wasserabfüllung des Unternehmens "keine wesentliche öffentliche Dienstleistung" sei und auch keine öffentliche Wasserversorgung.

Die kleine Gemeinde Osceola wollte Nestlé daran hindern, eine Pumpstation entgegen den geltenden Richtlinien zu bauen. Laut "The Guardian" steht Nestlés Versuch, das Wasser zu privatisieren, auf der Kippe. Denn für derartige Pläne müsse Nestlé als öffentlicher Wasserversorger deklariert werden, der einen wesentlichen öffentlichen Dienst erbringt.

Der Umweltanwalt von Michigan, Jim Olson, der nicht die Gemeinde Osceola vertrat, aber bereits Prozesse gegen Nestlé geführt hat, sagte, jede Behauptung, dass der Schweizer Konzern ein öffentlicher Wasserversorger sei, sei "absurd". Das zeige das Ausmass, in dem private Wasservermarkter wie Nestlé versuchen würden, "souveränes öffentliches Wasser, öffentliche Wasserversorgung und das Land und die Gemeinden zu privatisieren". Bislang war es Nestlé möglich, Wasser in Michigan abzupumpen.

Aufgrund des am vergangenen Dienstag gefällten Urteils könnten nun auch staatliche Umweltbehörden ihre Genehmigung überdenken.

Rückblick:

Nestlé hatte in erster Instanz gegen eine Entscheidung der Gemeinde eingeklagt. Im Jahr 2017 wollte Nestlé seine Förderleistung von rund 950 Liter pro Minute auf 1.500 Liter pro Minute erhöhen.

Aufgrund der erhöhten Fördermenge hätte Nestlé dafür eine Pumpe auf dem Gebiet eines Kindercampingplatzes in der Gemeinde Osceola bauen müssen. Das lehnte die Gemeinde ab. Ende 2017 entschied das Amtsgericht, dass Wasser für das Leben unerlässlich und die Abfüllung von Wasser ein "wesentlicher öffentlicher Dienst" sei. Ein Sieg für Nestlé.

Nun urteilte das Berufungsgericht, dass Wasser zwar lebenswichtig sei. Eine Vermarktung von abgefülltem Wasser, in dem Leitungswasser verfügbar ist, sei jedoch nicht zwingend erforderlich.

Denn um einen "öffentlichen Wasserversorger" handele es sich bei Nestlé nicht. Laut Landesgesetz seien dies nur Unternehmen, die das Wasser durch Leitungen an einen Ort transportiert – nicht in Flaschen. Für kommerzielle Zwecke sei die Wasserabpumpung untersagt. Nestlé will nun mögliche weitere gerichtliche Schritte prüfen. (sua)

Quelle: https://www.epochtimes.de/wirtschaft/unternehmen/herbe-niederlage-fuer-nestle-gericht-in-michigan-entzieht-wasserrechte-a3092254.html

Israel droht Iran mit Präventivschlag und "eigenem Vietnam in Syrien"

9.12.2019 • 12:23 Uhr https://de.rt.com/21r1 Symbolbild:

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und der US-Botschafter David Friedman sehen sich gemeinsam eine Live-Übertragung eines Tests des gemeinsam von den USA und Israel entwickelten Raketenabwehrsystems Arrow 3 an (Juli 2019).

Der israelische Verteidigungsminister Naftali Bennett hat erklärt, dass Syrien zum Vietnam Irans werden wird. Er verkündete: "Wir müssen von der Eindämmung zum Angriff übergehen". Kurz zuvor hatte der israelische Aussenminister bereits mit einem Präventivschlag gedroht.

Israel, das fast täglich in Syrien eindringt und das vom Krieg verwüstete Land unter dem Vorwand, dort gegen "iranische Stellungen" vorzugehen, mit Raketen befeuert, hat den Iran davor gewarnt, "einen Feuerring" um Israel herum zu errichten. Tel Aviv drohte mit Vergeltungsmassnahmen für den Fall, dass Teheran diese Warnungen ignorieren sollte.

Israels Arrow-3-Rakete wurde am 28. Juli in Alaska/USA getestet.

Es ist kein Geheimnis, dass der Iran versucht, einen Feuerring um unser Land zu errichten", behauptete der israelische Verteidigungsminister Naftali Bennett am Sonntag.

Bennett, der als Kriegsfalke bekannt ist, erklärte, der Iran habe sich bereits im Libanon festgesetzt und versuche, sich in Syrien, Gaza und anderen Gebieten zu etablieren." Bennett, demzufolge die Israelischen Verteidigungskräfte (IDF) "unermüdlich" arbeiten, um die angebliche "iranische Bedrohung" abzuwehren, sagte zudem, dass es für Israel höchste Zeit sei, von der Verteidigung zur Offensive überzugehen: Wir müssen von der Eindämmung zum Angriff übergehen.



Er berief sich auf den für die USA katastrophalen Vietnamkrieg, um seinen Standpunkt zu untermauern: Wir sagen zum Iran: Syrien wird euer Vietnam werden.

Der Iran hat die Anschuldigungen wiederholt zurückgewiesen und darauf hingewiesen, dass seine in die syrischen Streitkräfte eingebetteten Militärberater sich legal im Land aufhalten, da sie von der syrischen Regierung eingeladen wurden, im Gegensatz zu den israelischen Streitkräften, die mit ihren Bombenangriffen in Syrien eklatant gegen das Völkerrecht verstossen.

Ami Ajalon, ehemaliger hochrangiger Militär und Chef des israelischen Inlandsgeheimdienstes Schin Bet im Jahr 2007.

Bennetts Äusserungen folgen nur wenige Tage nach der Drohung des israelischen Aussenministers Yisrael Katz, dass Tel Aviv vor einem präventiven Militärschlag gegen den Iran nicht zurückschrecken werde, wenn die israelische Regierung einschätzt, dass Teheran Fortschritte bei der Entwicklung von Atomwaffen macht:

Ein Präventivschlag ist eine Möglichkeit. Wir werden nicht zulassen, dass der Iran Atomwaffen produziert oder beschafft. Wenn die einzige Option, die uns bleibt, die militärische Option ist, werden wir militärisch handeln", erklärte Katz gegenüber der italienischen Zeitung Corriere Della Sera am Freitag.

Während die israelische Regierung, die schätzungsweise über ein nukleares Arsenal von 80 bis 90 Sprengköpfen verfügt, Ängste vor einer atomaren Bewaffnung Irans schürt, schweigt sie bezüglich ihrer eigenen Bemühungen auf diesem Feld. Nach einem Test eines mysteriösen "Raketenantriebssystems" durch Israel am Freitag warf Teheran Israel vor, eine "Atomrakete gegen den Iran" zu testen. Es wird angenommen, dass das israelische Militär die wenig bekannten ballistischen Jericho-Raketen abgefeuert haben könnte. Diese sollen in der Lage sein, einen beträchtlichen atomaren Sprengkopf zu tragen.

Quelle: https://deutsch.rt.com/der-nahe-osten/95581-israel-droht-iran-mit-praventivschlag/

Nach WADA-Entscheidung: Russland will für seine Sportler kämpfen© Sputnik / Grogori Sysojew

Von Ilona Pfeffer. 13:00 09.12.2019 (aktualisiert 13:17 09.12.2019)

Die Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) hat auf ihrer Exekutivsitzung in Lausanne beschlossen, Russland für vier Jahre von Olympischen Spielen und Weltmeisterschaften auszuschliessen. Laut dem Parlamentsabgeordneten vom Sportausschuss der Duma, Dmitri Swischtschow, will Russland die Entscheidung beim Internationalen Sportgerichtshof (Cas) anfechten.

Laut einer Mitteilung der WADA am Montag wird Russland für vier Jahre von sportlichen Grossereignissen ausgeschlossen und die russische Anti-Doping-Agentur (RUSADA) bis 2023 suspendiert. Die RUSADA muss zudem alle seit Januar 2019 angefallenen Kosten der WADA-Untersuchungen übernehmen und darüber hinaus eine Geldstrafe entrichten, die zehn Prozent ihres Einkommens aus dem Jahr 2019 entspricht. Saubere russische Athleten sollen unter neutraler Flagge aber weiterhin antreten dürfen.

WADA sperrt Russland für vier Jahre

Weiterhin hat das Exekutivkomitee festgelegt, dass russische Regierungsvertreter in dieser Zeit nicht an Sitzungen von Vorständen oder Ausschüssen internationaler Sportorganisationen teilnehmen oder in diese Gremien gewählt werden dürfen.

FIGU-ZEITZEICHEN, Nr. 140, April/2 2020

Zusätzlich dazu darf Russland im genannten Zeitraum sich weder für sportliche Grossereignisse bewerben, noch welche ausrichten.

Hintergrund der Entscheidung war, dass die vom Moskauer Labor von 2012 bis 2015 für die forensischen Untersuchungen durch WADA-Experten zur Verfügung gestellten Dopingproben "weder vollständig noch vollständig authentisch" gewesen sein sollen. Laut WADA sollen "Hunderte von mutmasslichen nachteiligen Analyseergebnissen gelöscht oder geändert" worden und 145 mutmassliche Doping-Fälle vertuscht oder verfälscht worden sein.

Im Vorfeld der WADA-Entscheidung hatte IOC-Präsident Thomas Bach verkündet, "härteste Sanktionen" gegen Russland unterstützen zu wollen. "Der WADA-Beschluss ist für uns bindend", hatte Bach betont. Russland reagierte auf den WADA-Beschluss vom Montag mit der Ankündigung, ihn in Lausanne vor dem Internationalen Sportgerichtshof anzufechten. Russland werde für seine Sportler kämpfen, sagte Parlamentsabgeordnete Swetlana Schurowa der Agentur Interfax.

Quelle: https://de.sputniknews.com/sport/20191209326080207-nach-wada-entscheidung-russland-will-fuer-seine-sportler-kaempfen/

Sipri-Bericht: Waffenexporte steigen weltweit – USA dominieren den Markt mit grossem Abstand

13:03 09.12.2019

Die grössten Rüstungshersteller haben 2018 deutlich mehr Waffen verkauft als im Vorjahr. Das geht aus dem Bericht des Friedenforschungsinstituts Sipri hervor. Besonders in den USA steigen die Exporte stark – auch wegen einer Ankündigung von Präsident Trump. In Deutschland und Russland gehen die Zahlen zurück.

Die 100 führenden Rüstungskonzerne der Erde haben ihre weltweiten Waffenverkäufe im vergangenen Jahr um fast fünf Prozent gesteigert. 2018 wurden von ihnen Rüstungsgüter und militärische Dienstleistungen im Gesamtwert von 420 Milliarden Dollar (rund 380 Milliarden Euro) verkauft, wie das "Stockholmer Friedensforschungsinstitut" (Sipri) in einem am Montag veröffentlichten Bericht mitteilte. Das entsprach einem Zuwachs von 4,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, der "Sipri" zufolge, vor allem von höheren Verkaufszahlen der grössten Konzerne angetrieben wurde. Nicht berücksichtigt wurden Güter von Unternehmen aus China – zu diesen fehlt es weiter an ausreichenden Daten für verlässliche Schätzungen.

Absoluter Spitzenreiter bei den Verkäufen bleiben abermals die USA. Erstmals seit 2002 – seit dem Jahr verfügt "Sipri" über vergleichbare Daten inklusive Material aus Russland – nehmen Konzerne mit Sitz in den Vereinigten Staaten gleich alle fünf Toppositionen unter den führenden Rüstungsunternehmen ein. Diese fünf – "Lockheed Martin", "Boeing", "Northrop Grumman", "Raytheon" und "General Dynamics" - verkauften zusammen Rüstungsgüter im Wert von insgesamt 148 Milliarden Dollar. Insgesamt machten US-Unternehmen 246 Milliarden Dollar aus, was 59 Prozent aller Verkäufe der Top 100 und einem Zuwachs von 7,2 Prozent im Vergleich zu 2017 entspricht.

Einen wichtigen Trend in den USA sehen die Friedensforscher darin, dass grössere Rüstungskonzerne kleinere Unternehmen übernehmen. "Die US-Unternehmen bereiten sich auf das neue Waffenmodernisierungsprogramm vor, das Präsident Trump 2017 angekündigt hat", sagte "Sipri"-Waffenexpertin Aude Fleurant. "Grosse US-Firmen fusionieren, um in der Lage zu sein, neue Generationen von Waffensystemen produzieren zu können und damit in einer besseren Position zu sein, um Verträge von der US-Regierung zu gewinnen."

Waffenexporte in Europa

Europa macht ein gutes Viertel der weltweiten Waffenverkäufe aus (24 Prozent). Die 27 in der Liste vertretenen europäischen Waffenproduzenten verkauften Güter im Wert von 102 Milliarden Dollar, was einen leichten Zuwachs um 0,7 Prozent bedeutete.

Die Zahlen der vier gelisteten deutschen Konzerne nahmen dagegen insgesamt um 3,8 Prozent ab. Wachsenden Lieferungen militärischer Fahrzeuge von Rheinmetall an die Bundeswehr stehe ein Rückgang der Verkaufszahlen beim Schiffbauer "Thyssen Krupp" entgegen, sagte "Sipri"-Experte Pieter D. Wezeman. Damit hat Deutschland einen Anteil von 2,0 Prozent an den weltweiten Waffenverkäufen und rangiert somit hinter Italien, Japan und Israel, aber vor Indien und Südkorea. "Airbus" wird bei der "Sipri"-Auswertung als "transeuropäischer" Konzern gelistet, weil das Unternehmen seinen Sitz in mehr als nur einem Land hat.

US-Waffen für Nato: Verbündete haben es satt

Die Verkäufe britischer Rüstungskonzerne sanken unter anderem wegen Verzögerungen beim Waffenmodernisierungsprogramm ihres Landes um 4,8 Prozent, die der französischen Unternehmen stiegen um 2,4 Prozent. Grossbritannien bleibt dennoch Europas Waffenverkäufer Nummer eins, gefolgt von Frank-

FIGU-ZEITZEICHEN, Nr. 140, April/2 2020

reich. Fast unverändert blieben die Rüstungsverkäufe aus Russland: Die zehn in den Top 100 gelisteten russischen Konzerne verkauften Güter und Dienste im Gesamtwert von 36,2 Milliarden Dollar, was einem minimalen Rückgang von 0,4 Prozent entsprach. Fünf der Unternehmen verzeichneten demnach Zuwächse, fünf Einbussen.

Als Waffenverkäufe bezeichnet "Sipri" jeglichen Verkauf militärischer Güter und Dienstleistungen an militärische Abnehmer im In- wie im Ausland. Seit 2002 haben die Verkäufe laut den Friedensforschern insgesamt um knapp 47 Prozent zugenommen.

pal/dpa Quelle: https://de.sputniknews.com/wirtschaft/20191209326080269-sipri-bericht-waffenexporte-steigen-weltweit---usa-dominieren-den-markt-mit-grossem-abstand/

"Ist das fair? Es ist Willkür!" - Deutscher Sportrechtler zum Ausschluss Russlands © REUTERS / Denis Balibouse15:54 10.12.2019 (aktualisiert 17:32 10.12.2019)



Der deutsche Sportrechtler Christoph Wieschemann, der unter anderem den russischen Langläufer Alexander Legkow vor dem Internationalen Sportgerichtshof (CAS) in Lausanne vertreten hat, hält die neuerlichen Strafmassnahmen gegen Russlands Sportler für rechtswidrig. In seiner Stellungnahme erklärt er seine Gründe.

Bereits vor der Entscheidungsverkündung der WADA am Montag hatte sich Christoph Wieschemann zur Empfehlung des WADA Compliance Review Committee (CRC) geäussert. In dieser hatte das Komitee die Strafmassnahmen gegen Russland, seine Athleten, Regierungsvertreter und Verbandvertreter für die Dauer von vier Jahren vorgeschlagen.

In der Stellungnahme vom 6. Dezember 2019, die der Sputnik-Redaktion vorliegt, bezeichnet Wieschemann die vorgeschlagenen Massnahmen als "offenkundig rechtswidrig, wenn nicht sogar willkürlich". Diese Herangehensweise entlarve eher die im Kampf gegen Doping herrschende Doppelmoral, als dass sie die Glaubwürdigkeit stärken könne.

"Der Umstand, dass sich ausgerechnet Travis Tygart, der USADA-Chef, hier besonders hervortut, verursacht ein gewisses Störgefühl. US-amerikanische Athleten hatten vor RIO 2016 in grossem Umfang 'Therapeutic Use Exemptions', verbotene Substanzen mit abgelaufenen TUE oder auch ohne TUE verwendet. Interner E-Mail-Verkehr der USADA dokumentiert, dass die Praxis bekannt war, aber nicht unterbunden wurde. Auch die grossen Ligen in den USA haben sich bisher nicht dem WADA-Code und der USADA unterworfen, die das hinnimmt", so der Sportrechtler.

Richard McLaren habe stets betont, sein Report sei weder dazu gedacht, noch dazu geeignet, einzelne Athleten abzustrafen. Darüber hinaus habe der CAS in der Entscheidung Legkow gegen FIS festgestellt, dass der McLaren-Report zwar einige Verdachtsmomente enthalte, diese für eine Verurteilung aber nicht hinreichend seien. Die Sportler seien später vom CAS freigesprochen und das Urteil im Beschwerdeverfahren auf Antrag des IOC auch nochmal vom Schweizerischen Bundesgericht bestätigt worden. Im McLaren-Report wurde unter anderem auf Tagebucheintragungen des Kronzeugen Grigori Rodtschenkow Bezug genommen, von denen Rodtschenkow selbst später zugab, sie verfälscht zu haben.

WADA-Beschluss: Whistleblower Rodtschenkow fordert rückwirkende Strafen, Putin erwägt Klage.

"Das rechtskräftig als untauglich bewertete Beweismittel, der McLaren-Report, wird durch die Empfehlung des WADA CRC erneut zum Massstab der Zulassung russischer Athleten zu Wettkämpfen.

Wer darin genannt ist, ist raus, auch wenn er bereits zwei Jahre seiner Karriere verloren hat, bis er trotz seiner Nennung im McLaren-Report letztinstanzlich von jedem Verdacht freigesprochen wurde. Das ist verblüffend", so Wieschemann.

Der Anwalt erinnert an die im CAS-Urteil im Fall Alexander Legkow gegen das Internationale Olympische Komitee festgehaltenen Umstände, unter denen ein Athlet für den Austausch von Urinproben überhaupt haftbar gemacht werden kann:

"Nach Ansicht des Panels kann ein Athlet nur für das Ersetzen seines Urins durch eine andere Person haftbar gemacht werden, wenn: (a) Der Athlet eine Handlung begangen oder Unterlassung begangen hat, die diese Substitution erleichtert; und: (b) Er hat dies mit tatsächlicher Kenntnis der Wahrscheinlichkeit gemacht, dass diese Substitution stattfindet. Nur ein Athlet, der selbst eine Handlung vornimmt, die dazu beiträgt, dass seine Urinprobe später durch eine andere Person ersetzt wird, und der wusste oder hätte wissen müssen, dass eine solche Substitution wahrscheinlich ist, ist schuldig."

Dennoch empfehle das WADA dem CRC, Athleten auszuschliessen, deren Proben verfälscht wurden. Damit könnten möglicherweise Tausende saubere Athleten raus sein, weil Dritte zufällig oder absichtlich ohne Einverständnis oder Kenntnis der Athleten deren Daten manipuliert haben. "Ist das fair? Es ist Willkür", urteilt Wieschemann.

Für den Ausschluss russischer Regierungsvertreter von internationalen Sportereignissen fehlt nach Ansicht des Sportrechtlers die juristische Grundlage, da die Olympische Charta nicht auf Regierungsvertreter anwendbar ist. Ausserdem gehöre der russische Staat nicht zu den Unterzeichnern des WADA Code und sei daher nicht der Strafgewalt der WADA unterworfen.

Sprachlos mache ihn auch der Versuch, die Reputation des "Whistleblowers" Rodtschenkow in der Öffentlichkeit reinzuwaschen:

"Grigori Rodtschenkow stand nicht nur im Zentrum des Doping-Systems, er verlangte von den Athleten für die Verschleierung der positiven Dopingbefunde Geld und bekam es. Das war nicht nur ein Doping-Verstoss. Das ist so ziemlich in jedem Land einschliesslich Russland strafbar. Selbst (der Dokumentarfilm, Anm. d. Red.) "Ikarus" verschweigt nicht, dass Rodtschenkow nicht Russland verlassen hat, um der Weltöffentlichkeit die Wahrheit zu offenbaren, sondern aus Furcht vor Strafverfolgung in Russland. Zum "Whistleblower" machten ihn später erst die Medien."

Ferner kritisiert der Anwalt, dass von einem "staatlichen" Doping-System in Russland gesprochen wird. Es gebe bis heute keine Beweise dafür, "dass ein Mitglied der Regierung oder ein Mitarbeiter eines Ministeriums nicht aus krimineller Gewinnsucht, sondern eben als Teil des Regierungshandelns an dem System beteiligt war".

"Der vermeintliche Kampf des Sports gegen Doping in Russland ist zu einem Narrativ geworden oder war es von Anfang an. Die Art und Weise des Umgangs damit, schadet dem Kampf gegen Doping überhaupt. Das Narrativ wird in einer Kakophonie der täglichen Empörung von Medienvertretern und Stakeholdern unterschiedlicher Interessen am Leben gehalten, deren Leitthema, manchmal auch deren einziges Thema, genau dieser oder ein anderer Doping-Skandal ist, und die sich gegenseitig überbieten, nach immer schärferen Strafen zu verlangen. Gegenüber der damit erzeugten Erwartungshaltung muss jedes besonnene, möglicherweise freisprechende Urteil defizitär und "ungerecht" wirken, als Ausdruck fehlender Bereitschaft, Dopingsünder zu bestrafen", beschreibt Wieschemann die gegenwärtige Situation.

Notwendig sei ein System, das nicht die Interessen der um Autorität konkurrierenden Verbände in den Mittelpunkt stellt, sondern die der Athleten.

Quelle: https://de.sputniknews.com/sport/20191210326109695-ist-das-fair-es-ist-willkuer--ehemaliger-anwalt-von-langlaeufer-legkow-zum-ausschluss-russlands/

Tatort in Berlin-Moabit (Archiv) Warum wurde der in Berlin ermordete Georgier trotz Moskaus Gesuchen nicht ausgeliefert?

Interview® REUTERS / Fabrizio Bensch. 15:40 10.12.2019 (aktualisiert 16:26 10.12.2019)

Der europapolitische Sprecher der Linken-Fraktion im Bundestag, Andrej Hunko, hat gegenüber der Agentur Ria Novosti den Mordfall in Berlin Moabit und die jüngsten Aussagen des russischen Präsidenten Wladimir Putin dazu kommentiert.

Der Linken-Politiker betonte, dass Putin nicht gesagt habe, dass es sich bei dem Tod des Georgiers im Berliner Tiergarten um einen "Auftragsmord" handle oder dass "die russischen Behörden dahinterstecken".

"Und er hat vor allem auch Hilfe angeboten zur Aufklärung, und das muss man auch zur Kenntnis nehmen", so Hunko.

Dass die ganze Situation von der Ausweisung der Diplomaten "überlagert" sei, findet der Politiker "natürlich sehr misslich". Er forderte eine Aufklärung des Zwischenfalls und wies auf bestimmte "offene Fragen" hin.

"Aber es stellen sich natürlich auch einige Fragen. Also, Putin hat ja auch gesagt, dass es schon ein Auslieferungsgesuch gegeben hatte, was diese Person angeht, und warum das jetzt nicht umgesetzt wurde. Das sind halt offene Fragen, die geklärt werden müssen."

In Berlin getöteter Georgier hat Terroranschläge in Moskauer U-Bahn organisiert – Putin

Die Beziehungen zu Moskau sollten auch in diesem Fall auf "Kooperation" und "nicht auf diplomatischer Eskalation" beruhen.

Mord im Berliner Park

Am 23. August war Zelimkhan Khangoshvili, ein 40 Jahre alter ethnischer Tschetschene mit georgischer Staatsangehörigkeit, in einem Park in Berlin erschossen worden. Die deutsche Bundesanwaltschaft nennt das Opfer "Tornike K." Der Täter – angeblich ein 49-jähriger Bürger Russlands – wurde noch am gleichen Tag gefasst und hüllt sich seitdem in Schweigen.

Wegen des Verdachts, dass staatliche Stellen in Russland oder der Teilrepublik Tschetschenien den Mord in Auftrag gegeben hätten, übernahm die Bundesanwaltschaft den Fall. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel legte Russland zur Last, nicht bei der Aufklärung des Mordes zu helfen.

In Berlin getöteter Georgier organisierte Terroranschläge in Moskauer U-Bahn

Wladimir Putin hatte in der Nacht auf Dienstag bei einer Pressekonferenz nach dem Normandie-Treffen in Paris den im Berliner Tiergarten ermordeten Georgier als Kämpfer und Organisator von Explosionen in der Moskauer U-Bahn bezeichnet. Allein bei einem der Terrorangriffe, den der Getötete mitorganisiert habe, seien 98 Menschen ums Leben gekommen.

Moskau habe an Berlin mehrmals Gesuche um die Auslieferung des Organisators der Terrorakte in der U-Bahn gerichtet. Die deutsche Seite sei der Bitte Russlands jedoch nicht nachgekommen. Russland werde den deutschen Kollegen trotzdem bei der Aufklärung des Falls helfen.

Russlands Antwortmaßnahmen

Putin bezeichnete die Ausweisung russischer Diplomaten aus Deutschland auf der Grundlage von nur vorläufigen Erkenntnissen als inkorrekt und verkündete Gegenmaßnahmen. Deutsche Diplomaten würden aus Russland ausgewiesen. Der Präsident glaube jedoch nicht, dass der Fall die russisch-deutschen Beziehungen in eine Krise stürzen werde.

mo/sb/sna Quelle: https://de.sputniknews.com/gesellschaft/20191210326109639-berlin-mord-georgier-russland-interview/

Pentagon zeigt sich alarmiert: Fast 50 Prozent der US-Soldaten betrachten Russland als Verbündeten

11.12.2019 • 06:45 Uhr, https://de.rt.com/21sy, Quelle: Reuters © Reuters Pentagon zeigt sich alarmiert: Fast 50 Prozent der US-Soldaten betrachten Russland als Verbündeten



Mögen sich vielleicht lieber, als ihrer Führung lieb ist: Ein US-amerikanischer und ein russischer Soldat im Gespräch (Archivbild, Gajevi, Bosnien, 23. Januar 1997)

Laut einer Umfrage des Reagan Institute betrachten fast die Hälfte aller US-amerikanischen Militärhaushalte Russland eher als Verbündeten denn als Bedrohung. Eine Pentagon-Sprecherin führt dieses Phänomen auf "russische Desinformation" zurück.

Einmal im Jahr befragt das Reagan Institute mit dem "National Defense Survey" die US-Amerikaner zu ihrer Einstellung zu Krieg und Frieden und anderen politischen Themen. Für das US-

Verteidigungsministerium sticht vor allem ein Aspekt aus den jüngst veröffentlichten Ergebnissen der Ende Oktober durchgeführten Umfrage hervor: Das Verhältnis der US-Soldaten und ihrer Familienangehörigen zu Russland.

Demnach sehen 46 Prozent der Soldatenfamilien in Russland einen "Verbündeten", während 53 Prozent Russland als Feind betrachten. In der Gesamtbevölkerung betrachten hingegen nur 28 Prozent Moskau als Verbündeten, bei Familien ohne Militärangehörige liegt der Wert bei 25 Prozent. China hat Russland nun in der Rubrik "grösste Bedrohung" von Platz 1 verdrängt und wird von 28 Prozent der Befragten als solche genannt (Russland: 25 Prozent).

Auszug aus der "National Defense Survey".

Unter Republikanern herrscht ein etwas positiveres Bild von Russland als unter Demokraten. 29 Prozent der Anhänger der "Grand Old Party" betrachten Moskau als Verbündeten, während unter den Demokraten nur 23 Prozent dieser Ansicht sind.

Warschauer Lichtschwertgerassel: Polen fordert NATO-Aufrüstung im Weltraum gegen Russland

Traditionell wählen Militärangehörige eher konservativ, also republikanisch, was auch eine Erklärung dafür ist, warum fast die Hälfte der Soldaten und deren Familien in Russland einen Verbündeten sehen. Eine andere Erklärung lieferte eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums, wo man über das positive Russlandbild innerhalb der Truppen offenbar besorgt ist.

Es gibt Bemühungen seitens Russlands, die Medien mit Desinformationen zu überschwemmen, um Zweifel und Verwirrung zu säen", sagte Oberstleutnant Carla Gleason gegenüber Voice of America.

Die Russen täten dies, so Gleason, "durch falsche Narrative, die konzipiert wurden, um unzulässige sympathisierende Ansichten hervorzurufen."

Doch wie gelangen die "falschen Narrative" in die Köpfe der Soldaten? Dafür hat Jorge Benitez, Militäranalyst und Mitarbeiter der stramm antirussisch ausgerichteten Denkfabrik Atlantic Council eine Erklärung parat: Sie würden den Truppen durch vom Kreml geführte Hacker, prorussische Medien und "Präsident [Donald] Trumps positive Aussagen über Russland" verabreicht. "Das ist gefährlich", sagte Benitez gegenüber Voice of America. Laut Gleason arbeitet das US-Militär "aktiv daran, russische Desinformationen aufzudecken und zu bekämpfen". Nähere Details dazu nannte sie nicht.

Vergangenes Wochenende hatte US-Verteidigungsminister Mark Esper erklärt, dass das US-Militär seinen Fokus trotz der volatilen Lage im Nahen Osten nun auf Russland und China richten will. Das vergleichsweise positive Russlandbild innerhalb der Truppen ist dieser Neufokussierung nicht gerade förderlich. Alarmierend für das Pentagon sind die vom Reagan Institute zutage geförderte Zahlen auch aus einem anderen Grund: Keine andere staatliche Institution geniesst in der Bevölkerung ein solches Vertrauen wie das Militär, das 86 Prozent als vertrauenswürdig betrachten (Zum Vergleich: Oberster Gerichtshof 62 Prozent, Kongress 33 Prozent). Von daher besteht die Gefahr, dass die innerhalb der Streitkräfte grassierenden russlandfreundlichen Ansichten auf andere Bevölkerungsgruppen "überspringen" könnten. Quelle: https://deutsch.rt.com/nordamerika/95650-alarmglocken-im-pentagon-fast-50/

Das Morden im Irak: Deutsche Medien faseln von Tötung

Seit 2003 besetzen die USA den Irak. Nach einem mörderischen Krieg – 600 000 Tote, ein zerstörtes Land bis heute – in dem die USA wie selbstverständlich das Völkerrecht brachen und eine ganze Region zu einem gefährlichen Kriegsherd bombten – sitzen die Kriegsverbrecher bis heute in einem Land, das vor dem Einmarsch nicht islamistisch geprägt war.

Aus diesem Land heraus morden die USA weiter. Erst jüngst mit einem gezielten Raketenangriff auf den iranischen General Qassim Soleimani in der Nähe des Flughafens von Bagdad. In zivilisierten Ländern nennt man das einen Mord. In den deutschen Medien wird der Mord "Tötung" genannt. Tötung ist eine Vokabel, die eigentlich für Tiere reserviert ist. Macht nix, sagen sie von der Tagesschau bis zur Bildzeitung. War ja nur ein Iraner. Die gelten in Deutschland ohnehin als Terroristen. Die werden nicht umgebracht, nur getötet.

Dass die USA seit 2003 ein terroristisches Regime im Irak führen? Ein Regime, das wesentlich die zivile Bevölkerung des Landes trifft. Das kommt den devoten deutschen Medien natürlich nicht über die Lippen. Man lebt ja gemütlich in den deutschen Redaktionen. Dass deutsches Militär in den Krieg der USA verwickelt ist? Dass ein neues Irak-Mandat des Bundestages aus dem letztem Jahr, mit dem Wort "Anti-IS-Koalition" getarnt, diverse deutsche Tornado-Aufklärer und Tankflugzeuge in den Krieg der USA geschickt hat? Das ist doch dem deutschen Redakteur egal. Als wäre alles so wie damals beim Beginn des Irak-Krieges, als bei nicht wenigen deutschen Medien die Freude von demokratisch-getarnt bis brutaloffen zu besichtigen war. Eine Entschuldigung der deutschen Kriegs-Sympathisanten gegen Saddam Hussein steht natürlich bis heute aus.



Ein Junge hält ein Portrait vom iranischen Kuds-Brigaden-Kommandeur, Qassem Soleimani Das Morden im Irak: Deutsche Medien faseln von Tötung© AP Photo / Vahid Salemi 21:23 03.01.2020 (aktualisiert 11:41 04.01.2020)

Eskalation mit Iran: Tausende US-Soldaten auf dem Weg in den Nahen Osten – US-Beamter

Seit Monaten ist der schleichende Krieg der USA gegen den Iran zu beobachten: Erst brechen die USA das Atom-Abkommen mit der iranischen Regierung, dann werden Truppen und ein Flugzeugträgerverband in die Region verlegt, schließlich erwischen die militärischen Abwehrkräfte des Iran eine US-Spionage-Drone, nun wird auf Befehl des Donald Trump ein hochrangiger Militär des Iran ermordet. Und damit die blöden Deutschen auch wissen, dass alles mit rechten Dingen zugeht, titelt die Bildzeitung über General Oassim Soleimani, er sei der "gefährlichste Mann der Welt". Das deutsche Außenministeri-

über General Qassim Soleimani, er sei der "gefährlichste Mann der Welt". Das deutsche Außenministerium schweigt zwar über die widerliche Legitimierung eines Mordes, "verurteilt" aber tatsächlich die Demonstranten vor der US-Botschaft in Bagdad. So als ob die USA nicht ein Besatzer-Regime im Irak wären, so als ob die eigene Botschaft betroffen sei.

Ganz sicher wird man in den nächsten Tagen auch wieder auf deutsche Verteidiger des Oligarchen mit den gelben Haaren treffen. Verteidiger, die bis in die Friedensbewegung hinein ihr Wesen treiben. Und wieder werden sie Trump freisprechen und ihn als Gefangenen des "tiefen Staates" entschuldigen, ohne Namen und Adresse dieses Staates nennen zu können. Als ob Trump diesen Mord an Qassim Soleimani nicht persönlich befohlen hätte, als ob das Pentagon in Washington nicht die Verantwortung übernommen und erklärt hätte: Die Bombardierung sei auf Anweisung von Präsident Donald Trump erfolgt, um weitere Angriffe auf US-Kräfte zu verhindern

als "Akt der Verteidigung".

Trump befindet sich im Fall Iran in schönster Obama-Clinton-Tradition, wenn er erklären lässt, das Ziel des Angriffs auf den iranischen General sei es, den Iran von künftigen Angriffen abzuschrecken. "Die Vereinigten Staaten werden weiterhin alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um unser Volk und unsere Interessen überall auf der Welt zu schützen." Klar, seit langem schützen die USA ihr Volk und ihre Interessen im Irak durch Mord und Totschlag: Flucht, Hunger, Korruption und Bürgerkrieg herrschen im Irak seit 2003, seit die USA dort ihre Sorte von Freiheit hergestellt haben. Auf dieses Ziel steuert die US-Außenpolitik gegen den Iran.

Und im Schlepptau dümpelt die deutsche Kanzlerin, die erst jüngst bei ihrem Treffen mit dem iranischen Präsidenten Hassan Ruhani die Forderung nach dem Ende der US-Sanktionen gegen den Iran abgelehnt hat. Sanktionen, die wie eine Waffe wirken, die Armut und Arbeitslosigkeit erzeugen und auf den Regime-Change im Iran zielen. Bis jetzt noch mit Methoden des Vorkrieges.

Quelle: https://de.sputniknews.com/deutschland/20200103326304596-das-morden-im-irak-deutsche-medien-faseln-von-toetung/

Trumps Rede vor scheinheilgen Evangelikanern

Montag, 6. Januar 2020, von Freeman um 11:00

Hört euch die Rede von Trump in Miami, Florida vom vergangenen Samstag an, veranstaltet von den Evangelikanern, der "Christen für Trump", die alles andere als Christen sind. Wer Genozid, Mord und Krieg im Namen Amerika und Israel befürwortet, kann unmöglich ein Christ sein. Das ist alles nur Theater, ein scheinheiliges Getue, was die Amis bestens können.



Auf der Bühne wurde Trump von den "Predigern" in den "Himmel" gelobt und dann wurde gemeinsam "gebetet". Was für ein Oscar reifes Schauspiel. Wen sie wirklich anbeten ist Satan, der Vater der Lüge!!!

Seine Rede beginnt ab Minute 6:00

"Auf meinen Befehl hin vollstreckte das Militär der Vereinigten Staaten eine fehlerlose Attacke, welche die terroristischen Anführer terminierten, die für die gravierende Verwundung und Tötung von Tausenden Leuten und mindestens Hunderten Amerikanern, verantwortlich sind. Qassem Soleimani ist getötet worden und sein blutiger Amoklauf ist für immer beendet."

Die sogenannten Christen jubelten ...

"Er plante Attacken gegen Amerikaner, aber jetzt stellten wir sicher, dass seine Gräueltaten für immer gestoppt sind. Er plante eine grossangelegte Attacke, und wir haben ihn erwischt."
Und wieder Jubel ...

"Wir sind eine friedliebende Nation, und meine Regierung bleibt fest verpflichtet für Frieden und Harmonie unter den Nationen der Welt zu sorgen. Wir streben nach keinem Krieg, keinen Staatsumbau und keine Regimewechsel, aber als Präsident werde ich nie zögern, die Sicherheit der amerikanischen Menschen, Ihr, zu verteidigen.

Jubel ...

"Deshalb lasst das eine Warnung an die Terroristen sein. Wenn ihr euer eigenes Leben schätzt, dann bedroht nicht das Leben unserer Staatsbürger."

Jubel ... "Amerikaner haben viele Segnungen, aber die grösste darunter ist die Segnung, vom aussergewöhnlich-sten und tugendhaftesten Militär auf Gottes Erden beschützt zu werden."

Jedes Wort, und ich meine, JEDES WORT von Trump ist GELOGEN!!!

General Soleimani war auf Einladung des irakischen Regierungschefs Abdul Mahdi auf diplomatischer Mission nach Bagdad angereist. Es war ein Treffen zwischen den beiden für den Morgen des 3. Januar geplant.

Das heisst, Trump hat einen Gast der Regierung auf irakischem Boden ermorden lassen, der eine Botschaft der iranischen Regierung als Antwort auf eine saudische Initiative überbringen wollte, wobei der Irak als Vermittler fungiert.

Soleimani war demnach auf einer Friedensmission, um die gespannten Beziehungen zwischen Teheran und Riad zu verbessern. Deshalb hat das saudische Regime sich nicht positiv über den Mord geäussert, denn es versucht die regionalen Spannungen zu entschärfen.

Die Regierung in Bagdad hat Washington über die Mission von Soleimani vorab informiert. Es war also kein Geheimnis, er würde am 2. Januar von Beirut kommend nach Bagdad mit Linie fliegen.

Der von Trump angeordnete Mord ist somit das schlimmste Verbrechen in der internationalen Diplomatie, das man begehen kann!!!

FIGU-ZEITZEICHEN, Nr. 140, April/2 2020

Laut Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen (WÜD) stehen Regierungsbeauftragte in diplomatischer Mission unter besonderen, Schutz und sind wegen Immunität unantastbar, können nicht bestraft werden. Was Trump genehmigt hat ist eine Kriegserklärung.

Von wegen, Amerika wäre eine "friedliebende Nation".

Und hat Trump noch nie vom fünften Gebot gehört?

"Du sollst nicht töten."

Er ist ein verdammter Mörder!!!

Bei diesen krassen Lügen wundert es mich, dass die Decke der Halle nicht auf die hohlen Köpfe der jubelnden Menge eingestürzt ist, denn das hätten sie für ihr blutrünstiges Gegröle verdient.

Quelle: http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2020/01/trumps-rede-vor-scheinheilgen.html#ixzz6ARX SRKSP

Neocons haben Trump unter die Räder geworfen

Dienstag, 7. Januar 2020, von Freeman um 08:00

Das kommt davon, wenn man sich mit Kriegshetzern umgibt und auf sie hört. Zuerst haben die Iran-Hasser, die Trump beraten, ihn mit falschen Informationen dazu bewogen, General Qassam Suleimani zu ermorden, aber jetzt wo sie sehen, welchen Schaden sie aussen- und innenpolitisch damit angerichtet haben, lassen sie ihn im Regen stehen und stechen ihn in den Rücken. Trump darf jetzt alleine die Schuld für die krasse Fehlentscheidung auf sich nehmen und die Konsequenzen ausbaden.



"Was hab ich nur für einen Scheiss gebaut!"

Sogar sein bester Freund, Bibi Netanjahu, der zuerst Trump wegen der Entscheidung, den "grössten Feind Israels" zu liquidieren, gelobt hat und es super fand, distanziert sich jetzt und hat die Direktive ans Kabinett gegeben, "die Ermordung von Soleimani hat mit Israel nichts zu tun, sondern sei eine amerikanische Sache", und "es gebe keinen Grund, sich hineinziehen zu lassen!"

Ein wahrer Freund, der ihn in den Rücken fällt, nachdem was Trump alles für ihn getan hat!

Jetzt sind Informationen den US-Medien zugespielt worden, die es so aussehen lassen, Trump hätte sich ganz alleine für die Mordoption entschieden, zur "Überraschung" seiner Berater, denn es war die extremste die zur Auswahl stand. Dabei haben sie ihm erzählt, General Suleimani sei, der grösste Bösewicht aller Zeiten, hätte Tausende Menschen getötet und jetzt gebe es eine Gelegenheit ihn in Bagdad zu liquidieren, um amerikanische Bürger zu schützen.

Zwischen Golfrunden in seinem Mar-a-Lago Domizil in Florida während seiner Weihnachtsferien, hat Trump sich von den fanatischen Iran-Hassern, Aussenminister Mike Pompeo, Vizepräsident Mike Pence, Verteidigungsminister Mark Esper, Senator Linsey Graham, Schwiegersohn Kushner, sowie Beratern aus dem State Department, dem Pentagon und der CIA, die Ohren zudröhnen lassen, jetzt müsse man sofort zuschlagen.

Die grössten Kriegstreiber in dieser Runde waren dabei Pence, Pompeo und Esper, die sogenannte "christliche" Fundamentalisten sind, die den Iran für Israel vernichten wollen. Ihr Ziel ist es, den Armageddon herbeiführen, damit der Messias gezwungen wird, auf Erden zu erscheinen.

Sie erzählten Trump, Soleimani würde nach Bagdad kommen, um neue Anschläge gegen amerikanische Einrichtungen durchzuführen, dies müsse verhindert werden. Sie nutzten dabei den Zorn von Trump, als er die Fernsehbilder der "Stürmung" der US-Botschaft in Bagdad zuvor gesehen hatte. Pence hat sogar

behauptet, der Iran würde mit Al-Kaida arbeiten und hinter 9/11 stecken, um eins drauf zu setzen ... eine völlig absurde Behauptung!

Als dann die Information eintraf, Suleimani würde am 2. Januar mit einer Linienmaschine von Beirut aus nach Bagdad fliegen und es sei die beste Möglichkeit ihn zu erwischen, sagte Trump, "OK, do it" und ging zurück zu seinem Spiel, um den restlichen Urlaub zu geniessen.

So wie es aussieht hatte Trump aber null Ahnung wer General Suleimani war und welche Reaktion seine Ermordung in der Region des Nahen Osten auslösen würde. Seinen Namen haben sowieso die meisten Amerikaner erst am Tag nach dem Mordanschlag zum ersten Mal gehört, aber im Iran, Irak und Syrien wurde er wegen seinem erfolgreichen Kampf gegen die ISIS-Terroristen seit Jahren hoch angesehen und verehrt.

Siehe: ISIS jubelt über die Ermordung ihrer grössten Feinde

Sogar die Saudis, als Wahhabiten die Erzfeinde des schiitischen Iran, haben sich sehr zurückhaltenden über die Ermordung von Suleimani geäussert und rufen nach Deeskalation in der Region. Es ist auch klar warum, denn Suleimani war auf einer diplomatischen Mission nach Bagdad unterwegs, um die Antwort aus Teheran wegen einer Initiative Riads an die irakische Regierung zu bringen, die als Vermittler fungiert. Das wussten die Kriegshetzer in Washington, denn der irakische Regierungschef Abdul Mahdi hatte sie über die diplomatische Mission von General Suleimani informiert und dass ein Treffen mit ihm für den 3. Januar in Bagdad geplant war, um die Botschaft an Riad aus Teheran zu erhalten. Dass er Anschläge auf amerikanische Einrichtungen im Irak plante, ist voll gelogen.

Es war überhaupt kein Geheimnis, dass Suleimani mit einer Linienmaschine der Fly Air Bagdad am Abend des 2. Januar von Beirut nach Bagdad fliegen würde. Obwohl ihm schon lange bewusst war, dass er auf der Abschussliste der Israelis und Amerikaner stand, war er sicher, ihm würde auf dieser Reise nichts passieren, denn er war als Diplomat unterwegs, und alle wussten es.

Nur Trump nicht, denn das hat seine engste Umgebung ihm nicht erzählt. Sie haben ihn voll ins Messer laufen lassen, denn ihre Absicht ist es, einen Krieg gegen den Iran auszulösen. Sie wollen unbedingt ihren Krieg, egal welche Lügen, Täuschung und verbrecherischen Mittel dazu notwendig sind. Das kennen wir doch von anderen Kriegen der USA, die alle auf Lügen basieren.

Aber Trump hat sich mit diesen Leuten umgeben, und wer mit Hunden zu Bett geht, steht mit Flöhen wieder auf.

Wegen der Entscheidung von Trump, die er auf Basis von falschen und vorenthaltenen Informationen seiner Berater getroffen hat, ist der Nahe Osten förmlich explodiert, so wie die Explosion der Hellfire-Rakete, welche eine ferngesteuerte Reaper-Drohne auf die Fahrzeugkolonne abgefeuert hat, in der Suleimani sass und ihn zerfetze, nachdem er vom Flughafen abgeholt wurde.

Jetzt ist Trump mit einem Scherbenhaufen konfrontiert, aus dem er sich mit noch mehr aggressiver Rhetorik über Twitter herauszureden versucht, statt seinen Fehler einzusehen. Er giesst noch mehr Benzin ins Feuer und stösst alle in der Region vor dem Kopf.

Er drohte dem Iran, "52 strategisch und kulturell" wichtige Ziele des Landes zu zerstören, was ganz klar ein Kriegsverbrechen sein würde. Und nachdem das irakische Parlament entschieden hat, fremde Truppen müssten den Irak verlassen, hat Trump auch dem Irak massiv gedroht: "Wir werden ihnen Sanktionen auferlegen, wie sie sie noch nie zuvor gesehen haben. Es wird die iranischen Sanktionen etwas zahm aussehen lassen."

Ein Rundumschlag nach dem anderen!!!

Trump muss doch jetzt erkannt haben, seine Umgebung hat ihn in eine Falle tappen lassen, damit er in einen Krieg hineinmanövriert wird. Er hält aber an der falschen Information fest, die man ihm erzählte. Das sieht man an seinem Tweet vom 5. Januar. Er behauptet darin immer noch über Soleimani: "Er hat bereits unsere Botschaft angegriffen und sich auf weitere Anschläge an anderen Orten vorbereitet", als Rechtfertigung für den Mordauftrag.

Ist voll gelogen, denn der General war gar nicht im Lande, hat mit den Protesten vor der Botschaft gar nicht zu tun, und er war auf einer diplomatischen Mission unterwegs. Aber Trump wird seinen Fehler nie zugeben. Denn ein grösseres Verbrechen kann man in der Diplomatie gar nicht begehen, als einen Boten, der laut Völkerrecht Immunität und Schutz geniesst und offen anreist, zu ermorden.

Ich zitiere deshalb den französischen Diplomaten Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord (1754–1838), der gesagt hat "c'est pire qu'un crime; c'est une faute", was Trump gemacht hat "ist schlimmer als ein Verbrechen; es ist ein Fehler!"

Es gibt sogar politische Beobachter in den USA, die sagen, damit sei die Wiederwahl von Trump erledigt. Die Demokraten benutzen bereits die Situation für ihre Zwecke. Auch die Never-Trumper und Neocons würden ihn gerne weghaben, denn er ist nur gut genug, einen Krieg zu starten. Er wurde voll reingelegt und jetzt lassen sie ihn unter die Räder kommen.

Statt in Ruhe den sicheren Sieg im November auf sich zukommen zu lassen, da die Demokraten sich selber demontieren, hat Trump den grössten Fehler, den man sich vorstellen kann, mit der Ermordung von Suleimani begangen. So oder so verliert er jetzt.

Ein militärisches Vorgehen gegen den Iran hat schon mal einen US-Präsidenten das Amt gekostet und eine zweite Amtszeit verhindert. Im April 1980 schickte Präsident Jimmy Carter die Delta Force der Armee, um dreiundfünfzig amerikanische Bürger, die im Iran als Geiseln gehalten wurden, zurückzubringen. Alles ging schief. Der Feuerball in der iranischen Wüste nahm die Carter-Präsidentschaft mit sich. Siehe Operation Eagle Claw!

Nach der Ermordung von General Soleimani werden Trump und die Amerikaner generell in der betroffenen Region noch mehr gehasst als je zuvor. Jede US-Basis ist jetzt ein Ziel. Die Ironie dabei ist, Trump hat mit der Ermordung von Suleimani die Bevölkerung des Iran solidarisiert und die Verbindung zwischen Iran und Irak verstärkt. Der Iran wird überhaupt nicht als der Böse angesehen, sondern es sind die Vereinigten Staaten.

Zusammenpacken, Schwanz einziehen und abhauen, wie damals beim Vietnam-Debakel, bleibt nur noch übrig. Oder wenn Trump doch einen Krieg mit dem Iran startet, gegen den Willen seiner Wähler, dann verliert er auch ... und wir alle zusammen!!!

Die neuste Nachricht lautet, Washington hat noch einen diplomatischen "Fauxpas" begangen. Dem Aussenminister des Iran, Mohammad Javad Zarif, wurde das Visum für die Einreise in die USA verweigert, um an einer Sitzung des UNO-Sicherheitsrat in New York teilzunehmen. Ein klarer Verstoss gegen dieUN-Charta, die allen Diplomaten den freien Zugang zur internationalen Organisation ermöglichen muss.

Der Visumantrag wurde vor einigen Wochen, vor der letzten Eskalation, eingereicht und würde dem iranischen Spitzendiplomaten die Möglichkeit geben, vor den Vertretern aller Länder, die iranische Sicht über den Mordanschlag zu präsentieren.

"Sie fürchten, dass jemand in die USA kommt und die Realität offenbart", sagte Zarif, nachdem ihm das Visum verweigert wurde. Er gelobte, mit den Amerikanern von Teheran aus zu kommunizieren und bemerkte, dass "die Welt nicht auf New York beschränkt ist".

Obwohl Trump 2019 behauptet hat, er wolle "keinen Krieg mit Iran", schickt er Tausende Soldaten seit Monaten in den Mittleren Osten:

"Pulverfass bleibt bestehen" – Wagenknecht stellt klare Forderung im US-Iran-Konflikt

"Pulverfass bleibt bestehen"- Wagenknecht stellt klare Forderung im US-Iran-Konflikt© CC BY 2.0 / Fraktion DIE LINKE. im Bundestag / Frank Schwarz15:10 09.01.2020 (aktualisiert 15:31 09.01.2020)

Von Marcel Joppa

Der Westen gibt sich beruhigt, nachdem US-Präsident Trump neue Militäraktionen gegen den Iran vorerst unterlassen will. Doch das "Pulverfass, an dem sich ein neuer Weltkrieg entzünden könnte, bleibt weiter bestehen", sagt die Linkepolitikerin Sahra Wagenknecht. Sie fordert die Bundesregierung auf, ganz bestimmte Konsequenzen zu ziehen.

Trotz des iranischen Vergeltungsangriffs auf US-Truppen im Irak scheint die unmittelbare Gefahr eines neuen Krieges im Nahen Osten vorerst gebannt. US-Präsident Donald Trump hatte bei einer Ansprache an die Nation am Mittwoch zwar neue Wirtschaftssanktionen gegen den Iran angekündigt, aber keine weiteren Militärschläge. Geknüpft war dies an Bedingungen Trumps, der Iran müsse sein Atomprogramm einstellen und zur Zusammenarbeit bereit sein.

Berechtigte Zweifel?

An einer frühzeitigen Deeskalation der Lage zweifelt wiederum die ehemalige Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Sahra Wagenknecht. Sie erklärt auf ihrer Facebook-Seite, dass die aktuelle Situation sicher nicht nur sie selbst in den letzten Tagen in Atem gehalten habe. Sie glaube allerdings nicht daran, dass die "Lunte am Pulverfass", die mit der "unverantwortlichen und völkerrechtswidrigen Ermordung" des iranischen Generals durch die USA und die "unverantwortliche und völkerrechtswidrige Attacken" des Iran auf US-Stützpunkte im Irak gelöscht sei:

"Das Pulverfass, an dem sich ein neuer Weltkrieg entzünden kann, bleibt weiter bestehen. Und ich mag mir nicht ausmalen, was passiert wäre, wenn die iranischen Angriffe viele Todesopfer gefordert hätten …" Es bestehe weiterhin die Frage, wer von den beiden Akteuren die Nerven behalte und wer sie womöglich verliere.



Sahra Wagenknecht (Archivbild)

US-Atomwaffen raus aus Deutschland...

Laut Wagenknecht müsse die Bundesregierung nun endlich Konsequenzen ziehen. Dazu gehöre unter anderem, alle Soldaten der Bundeswehr aus dem Nahen Osten nach Deutschland in Sicherheit zu bringen: "Und sie sollte eine mutige Initiative ergreifen, um das Atomabkommen mit dem Iran noch zu retten. Um ein Vorbild zu geben, sollte sie durchsetzen, dass sämtliche Atomwaffen endlich aus Deutschland abgezogen werden!"

Bereits Anfang der Woche hatte die Linkepolitikerin ebenfalls auf Facebook notiert, die Absichten von Trump im Nahen Osten seinen kein Frieden, sondern Krieg. Die Rolle der Medien ...

Dabei machte Wagenknecht auch auf die Rolle deutscher Medien aufmerksam. Dort werde die gezielte Tötung des iranischen Generals Soleimani häufig mit dem Kampf gegen den Terror gerechtfertigt:

"Eine besonders dreiste Lüge. Wie der irakische Premier dem dortigen Parlament mitteilte, hielt sich Soleimani wegen bilateraler Friedensbemühungen mit Saudi-Arabien, die vom Irak vermittelt wurden, in seinem Land auf."

Es sei laut der Bundestagsabgeordneten offensichtlich, dass die USA fürchteten, der Nahe Osten käme endlich zur Ruhe. Denn dann könnten sie laut Wagenknecht weniger Waffen verkaufen und die US-Militärbasen und Truppen würden überflüssig.

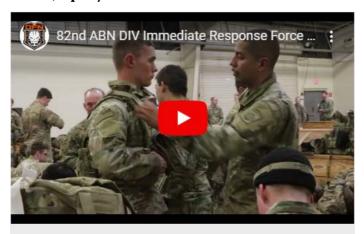
USA "erzeugen Terror"...

Die USA würden nach den Aussagen Wagenknechts nicht gegen den Terror kämpfen, sondern ihn selbst erzeugen und praktizieren – mit "völkerrechtswidrigen Kriegen und kriminellen Drohnenmorden" auf fremdem Territorium:

"Deutschland und die EU brauchen eine eigenständige Aussenpolitik, die das Völkerrecht und die Demokratie respektiert. [...] Dazu gehört auch, die US-Militärbasen auf deutschem Boden zu schliessen, damit sie nicht länger für völkerrechtswidrige Kriege und Drohnenmorde genutzt werden können."

Wagenknecht verlangt von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Aussenminister Heiko Maas ein Mindestmass an Haltung und Rückgrat. Deutschland dürfe sich von Donald Trump nicht in einen grossen Krieg hineinziehen lassen, sondern müssen alles tun, ihn zu verhindern.

Quelle: https://de.sputniknews.com/politik/20200109326319214-wagenknecht-iran-konflikt/





Ouelle http://:alles-schallundrauch.blogspot.com/2020/01/neocons-haben-trump-unter-die-rader.html#ixzz6ARWVy0l6

Merkel und Putin – überraschend freundliches Treffen in Moskau



Ulrich Heyden, Moskau, 11.01.19 Titelbild: Ulrich Heyden; 12. Januar 2020 um 9:13 * Ein Artikel von Ulrich Heyden

Das Treffen der Bundeskanzlerin mit dem russischen Präsidenten im Kreml am Sonnabend – nur wenige Tage nach der Ermordung des iranischen Generals Kassem Soleimani – hatte etwas von einem Appell gegen weitere Eskalationen.

Man reibt sich die Augen. War da was? Eine Krise zwischen Russland und Deutschland? Die Abschiebung von Diplomaten? Schwere Vorwürfe gegen die russischen Behörden wegen des Mordes an einem Tschetschenen im Berliner Park Tiergarten? Von all dem war am Sonnabend im Kreml nichts zu hören, zumindest nicht auf der Pressekonferenz nach einem dreieinhalbstündigen Gespräch zwischen Putin und Merkel. Auf der Pressekonferenz wurde deutlich, dass die beiden Politiker bei allen besprochenen Fragen – von Iran, Syrien, Libyen, der Ukraine bis Nord Stream 2 – unterschiedliche Auffassungen jetzt zurückstel-

len, zugunsten von Zielen, die man gemeinsam erreichen kann. Möglicherweise wollen die beiden Staatsführer mit der in Moskau demonstrierten Einigkeit auch den USA ein Signal geben, es mit dem Zündeln im Nahen und Mittleren Osten nicht zu weit zu treiben.

Lösungen für mehrere Konfliktregionen besprochen

Angela Merkel bedankte sich auf der Pressekonferenz "für die Gelegenheit zu einem umfassenden Gespräch zum Bereich der bilateralen Zusammenarbeit als auch zum Bereich der internationalen Fragen." Trotz "einiger Schwierigkeiten in Zusammenhang mit den Sanktionen im Zusammenhang mit der Ukraine" – so die Kanzlerin – gäbe es zwischen Russland und Deutschland eine "intensive wirtschaftliche Beziehung, aber auch in dem Bereich Wissenschaft und Universitäten."

Die Kanzlerin erklärte, das Projekt Nord Stream 2 sei ein "wichtiges wirtschaftliches Projekt", das "durch die europäische Rechtsprechung legitimiert" sei. Trotz der amerikanischen Sanktionen gegen die Pipeline halte sie es für möglich, "dass man den Bau von Nord Stream 2 vollenden kann". Nachdem Russland und die Ukraine sich auf Transitlieferungen für die nächsten fünf Jahre geeinigt haben und die Pipeline Turkish Stream eröffnet wurde, seien Befürchtungen von einseitiger Abhängigkeit bei Gaslieferungen unbegründet.

Wladimir Putin erklärte, er rechne damit, dass Nord Stream 2 Ende dieses, Anfang nächsten Jahres fertiggestellt wird. Die Bundeskanzlerin erklärte, sie hoffe, dass die Bemühungen von Putin und Erdogan zur Herstellung eines Waffenstillstands in Libyen Erfolg haben. Sonntag um null Uhr soll in Libyen ein Waffenstillstand in Kraft treten. Weiter sagte Merkel, sie sei sich mit Putin einig, "dass man sehr bald zu einer Libyen-Konferenz nach Berlin einladen könne." Auf dieser Konferenz solle "unter Führung der Vereinten Nationen" ein Frieden in dem nordafrikanischen Land erreicht werden.

Als größte Gefahr sieht die Kanzlerin, dass sich andere Staaten in die Angelegenheiten von Libyen einmischen. Welche Staaten das seien, sagte sie nicht. Sie meinte aber offenbar vor allem die Türkei. Merkel sagte, an einer Friedenslösung in Libyen müssten die Parteien in Libyen, "die an der militärischen Auseinandersetzung beteiligt sind", einbezogen werden. Dabei ginge es um "die Herren Sarradsch und Haftar". Putin begrüßte die deutsche Initiative für eine Libyen-Friedenskonferenz.

Merkel lobt Putin und Erdogan

Die Bundeskanzlerin erklärte, das Gespräch zwischen Putin und Erdogan zu Syrien habe "wichtige Ergebnisse gebracht". Sie freue sich, dass jetzt zwei Grenzübergänge zu der Region Idlib wieder für humanitäre Lieferungen offen sind. Denn es gäbe in dieser Region "eine große Not". "Wie in Libyen" gäbe es auch für Syrien "keine militärische Lösung", sondern "letztlich nur Verhandlungslösungen". Deutschland setze sich für einen weiteren humanitären Übergang im Osten Syriens ein. Außerdem unterstütze Deutschland das Projekt eines Verfassungskonvents für Syrien und werde für dieses Projekt mit Russland, der Türkei und Frankreich "sehr, sehr eng zusammenarbeiten". Die Führung Syriens erwähnte Merkel in diesem Zusammenhang nicht. Eine politische Lösung sei nötig, "damit auch wieder Menschen, die aus Syrien geflohen sind, zurückkehren können." Besonders viele Flüchtlinge seien ja in der Türkei, sagte die Kanzlerin.

Zum Iran erklärte Merkel, Deutschland wolle das Atomabkommen mit dem Iran erhalten. Der Iran solle "keine Atomwaffen haben". Zur Flugzeugkatastrophe bei Teheran sagte die Kanzlerin, der Iran habe bekannt gegeben, dass der Abschuss "ein großer Fehler war". Es sei gut, dass "die Verantwortlichen jetzt bekannt sind." Jetzt müsse der Abschuss "schonungslos aufgeklärt werden" und "darüber gesprochen werden, was die Folgen sind". Im Irak gehe es darum, die Bekämpfung des islamischen Terrorismus "weiter zu ermöglichen". Was Merkel damit genau meinte, sagte sie nicht. Offenbar meint die Kanzlerin aber, dass deutsche Militär-Ausbilder unbedingt weiter im Irak stationiert sein müssen. Doch auf russische Unterstützung wird sie in dieser Angelegenheit kaum rechnen können.

Putin warnt vor neuen Flüchtlingsströmen

Der russische Präsident erklärte, es gäbe im Nahen Osten Krieg. Ein großer Krieg sei das bisher aber nicht. Wenn es zu einem großen Krieg komme, werde das "zu einer Katastrophe nicht nur für den Nahen Osten, sondern für die ganze Welt." Dann werde es zu neuen Flüchtlingsströmen kommen, "nicht nur in Europa, sondern auch in anderen Regionen". Es werde "humanitäre, religiöse und wirtschaftliche Katastrophen" geben.

Zur Ukraine erklärte Merkel, dass zum Jahresende immerhin ein Gefangenenaustausch erreicht wurde. Sie hoffe, dass beim nächsten Treffen im Normandie-Format "weitere Fortschritte in der Reihenfolge der Minsker Vereinbarungen" erreicht werden.

Journalistin fragt: "Kooperation EU-Russland gegen die USA?"

Eine Journalistin des deutschen Privatsenders RTL fragte die Kanzlerin, ob man sich darauf einstellen könne, dass es in Zukunft Kooperationen zwischen der EU und Russland gibt, "unter Umständen auch in einigen Fragen gegen die USA?" Merkel antwortete, wie sie am Beispiel von Nord Stream 2 erläutert habe, gäbe es "Meinungsverschiedenheiten mit den USA, obwohl es unsere Verbündeten sind". Deutschland vertrete seine Interessen und Russland vertrete seine Interessen. Mit Russland gäbe es gegensätzliche Meinungen, es gäbe aber auch "Überlappungen". Beim Atomabkommen mit Iran sei man mit Russland "im Grundsatz der gleichen Meinung." Ein Gespräch – wie jetzt in Moskau – habe den Vorteil, "dass man miteinander und nicht übereinander spricht." Ob es Iran ist, ob es Libyen oder Syrien ist, "es wird sich militärisch eine ganze Weile etwas tun. Aber eine Lösung wird es zum Schluss nur politisch geben."

Vor dem Treffen von Putin und Merkel nannten russische Medien Gründe, warum die Chancen für eine Wiederannäherung zwischen Russland und Deutschland gutstehen.

Was den Iran betrifft, "fallen die Interessen Russlands und Deutschlands zusammen", meint die Nachrichtenagentur Ria Novosti. Russland und Deutschland fürchten den Ausbruch eines größeren Krieges in der Nähe ihrer Länder. Die USA seien von so einem Krieg geographisch weniger betroffen.

Das europäische Business habe ein großes Interesse am iranischen Markt, schreibt Ria Nowosti weiter. Das Atom-Abkommen mit dem Iran öffnete die Möglichkeit, in Iran zu investieren. Doch diese Möglichkeit wird jetzt versperrt durch die einseitige Aufkündigung des Atom-Abkommens durch die USA.

Die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands seien mit ein Prozent Wachstum schlecht. Der Handel zwischen Russland und Deutschland sei in den ersten zehn Monaten von 2019 um zwölf Prozent zurückgegangen. Die deutsche Wirtschaft dränge deshalb – so die Nesawisimaja Gaseta – darauf, die Sanktionen gegen Russland zu beenden.

Das Blatt zitiert ausführlich aus einer Studie der Berliner Stiftung für Wissenschaft und Politik, nach welcher der Konflikt zwischen dem Iran und den USA auch Konflikte in anderen islamischen Staaten von Afghanistan bis zum Irak und Libanon nach sich führen kann. Der Strom von Flüchtlingen aus diesen Staaten nach Europa könne zunehmen.

Russische Medien hatten vor dem Treffen von Putin und Merkel berichtet, die Initiative zu dem Treffen sei vom Kreml ausgegangen, und zwar unmittelbar nach dem Mord an dem iranischen General Soleimani. Später erklärte Putins Sprecher Dmitri Peskow, die Vereinbarung für ein Treffen von Putin und Merkel sei schon im letzten Jahr getroffen worden.

Russland mit großer Delegation vertreten

Die russische Seite war beim Treffen mit Angela Merkel mit einer großen Delegation vertreten. Während Putin mit Merkel sprach, konferierten parallel die Außenminister von Russland und Deutschland, Sergej Lawrow und Heiko Maas. In dem Kreml-Saal, wo nach dem Treffen von Putin und Merkel die Pressekonferenz stattfand, sah ich Gasprom-Chef Aleksej Miller in fröhlicher Unterhaltung mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow und dem russischen Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Maksim Oreschkin. Außerdem im Saal anwesend war der stellvertretende russische Energieminister Pawel Sorokin und der russische Botschafter in Berlin, Sergej Netschajew.

Von deutscher Seite sah ich außer der Bundeskanzlerin nur deren Sprecher Steffen Seibert. Heiko Maas stellte sich während der Pressekonferenz demonstrativ nicht zu der Gruppe der russischen Delegationsmitglieder – wo schon der deutsche Botschafter in Moskau, Géza Andreas von Geyr, stand – sondern ging, ganz alleine und unverdrossen zur anderen Seite des Saales, wo sich Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Moskau und deutsche Journalisten versammelt hatten. Der einsame Marsch des deutschen Außenministers wirkte irgendwie merkwürdig. *Quelle: https://www.nachdenkseiten.de/?p=57602*

Petition "Freundschaft und Frieden mit Russland"

Stand 14. Januar 2020: 2681 Unterzeichner-/innen

bei:

https://www.change.org/p/angela-merkel-cdu-russland-freundliche-politik-betreiben-russia-friendly-policy

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp.



der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekannt gemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlichpositiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können! Wir wenden uns deshalb an alle vernünftigen Menschen der Erde, an alle FIGU-Interessengruppen, FIGU-Studiengruppen und FIGU-Landesgruppen und damit an

alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert, wie das leider auch nach dem Ende des letzten Weltkrieges 1939–1945 extrem bis in die heutige Zeit hineingetragen wird.

Spreading of the Correct Peace Symbol

The wrong peace symbol – the globally widespread "death rune" which has been fabricated from the Celtic Futhark runes or inverted Algiz rune – is the actual embodiment/quintessence of negative influences and evokes destructive swinging-waves regarding unpeace and hatred, revenge, vice, addictions and bondage, because for many human beings the "death rune" means reminiscence (memories) of the Nazi era, of death and ruin as well as ambitions concerning war, terror, destruction of human achievements, livelihoods as well as global evil unpeace.

Therefore it is of the utmost necessity that the wrong peace symbol, the "death rune", disappears from the world and that the urancient and correct peace symbol is spread and made known all-over the world, because its central elements reflect peace, freedom, harmony, strengthening of the life power, protection, growth and wisdom, have a constructive and strongly soothing effect, and help peaceful-positive swinging-waves to break through.

Therefore we appeal to all FIGU members, all FIGU-Interessengruppen, Studien- and as well to all reasonable human beings, who are honestly striving for peace, freedom, harmony, fairness, knowledge and evolution, to do, and give, their best to spread the correct peace symbol worldwide and to bring forth clarification about the dangerous and destructive use of the "death rune", which in memory of the Nazi crimes collectively furthers deterioration and neglect of character-"ausartung" and terribleness in the reflecting and striving of the human being, as this is still being extremely carried on after the end of the last world war 1939–1945 until the current time.

Autokleber Bestellen gegen Vorauszahlung: E-Mail, WEB, Tel.: Grössen der Kleber: info@figu.org www.figu.org 120x120 mm = CHF Hinterschmidrüti 1225 3.-250x250 mm = CHF 6.-8495 Schmidrüti Tel. 052 385 13 10 Fax 052 385 42 89 300X300 mm = CHF 12 -Schweiz

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN UND FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,

Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz

FIGU-ZEITZEICHEN erscheint zweimal monatlich; FIGU-Sonder-ZEITZEICHEN erscheint sporadisch

Wird auch im Internetz veröffentlicht, auf der FIGU-Webseite: www.figu.org/ch

Redaktion: BEAM (Billy) Eduard Albert Meier /././ Telephon +41 (0)52 385 13 10 (7.00 h - 19.00 h) / Fax +41 (0)52 385 42 89

Postcheck-Konto: PC 80-13703 3 FIGU Freie Interessengemeinschaft, 8495 Schmidrüti, Schweiz

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org Internetz: www.figu.org FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2020

Einige Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter: www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, ‹Freie Interessengemeinschaft Universell›, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz



Für CHF/EURO 10.- in einem Couvert, senden

der Grösse 120x120 mm = am Auto aufkleben.

wir Ihnen/Dir 3 Stück farbige Friedenskleber

Geisteslehre friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy